Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldtstr. 24
 Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6408
 Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
 Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
 Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
 2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Inhalt:

Arbeiterverschüsse. (Schluß.) — Ursache, Verlauf und Lehren vom
 Waidauer Gasarbeiterstreik. — Konferenz der Arbeiterverschüsse der
 Bürt. Verkehrsanstalten. — Dürfen sich Feuerwehrlente und Kranken-
 pfleger organisieren? — Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Leipziger
 nächtlichen Betrieben. (II. Schluß.) — „Christliches“ aus Baden. — Das
 Ende eines Verleumdungsfeldzuges. — Der deutsche Arbeiterschutz im
 Jahre 1909. (II.) — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Notizen für
 Gasarbeiter. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus
 den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Gerichtszeitung.
 — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften
 und Bücher. — Briefkasten. — Feuilleton: Das proletarische Klassen-
 Bewußtsein im Spiegel der sozialen Dichtung. (II.)

Arbeiterverschüsse.

(Schluß.)

Wenn nicht alle Erwartungen trügen, so werden die
 Arbeiterverschüsse in den nächsten Jahren noch eine erhebliche
 Rolle spielen. Sie sind als Wahlkörper der geplanten Arbeits-
 kammern wieder etwas mehr in den Vordergrund gerückt worden.
 Die Regierung hatte nicht die Absicht, die Ausschüsse für alle Be-
 triebe obligatorisch zu machen, wollte aber trotzdem einen Teil der
 Arbeitervertreter in der Arbeitskammer durch die Mitglieder der
 Arbeiterverschüsse wählen lassen. Diese Rinde hat die Reichstags-
 kommission ausgefüllt. Sie beschloß am 3. März 1909, daß für
 jeden Betrieb mit mehr als 20 Arbeitern ein ständiger Arbeit-
 erschuß eingeführt werden müsse.

Dieser soll insbesondere Wünsche und Beschwerden der Ar-
 beiter über Betriebseinrichtungen, Arbeiterverhältnisse und Wohl-
 fahrtsanstalten dem Betriebsleiter vortragen. Vor Anordnung von
 Ueberstunden und Sonntagsarbeit muß der Arbeiterverschuß ge-
 hört werden. Die Arbeiter dürfen in der Ausübung ihrer Rechte
 und Pflichten im Ausschuß nicht behindert werden; entgegen-
 stehende Vereinbarungen sind nichtig. Bei der zweiten Lesung
 des Arbeitskammergesetzes, die vom 5. bis 7. Dezember 1910 im
 Plenum des Reichstags stattfand, wurde an diesem Beschluß nichts
 geändert. Um den von den Arbeitskammern ausgeschlossenen Ar-
 beitern in Reichs- und Staatsbetrieben einen Trost zu geben,
 wurde in einer Resolution der Reichsanzler erzuht, bei den ver-
 bundenen Regierungen dahin zu wirken, daß die Ausschüsse der
 in den staatlichen Betrieben beschäftigten Handwerker und Ar-
 beiter, insbesondere in den Reichs- und Staatsbahnbetrieben,
 soweit sie dem zu erlassenden Arbeitskammergesetz nicht unter-
 stellt werden, organisch dahin ausgebaut werden, daß erstens ihnen
 das Recht auf Verhandlungen betreffend Lohn und Arbeitszeit,
 anerkannt wird, zweitens die Mitglieder der Arbeiterverschüsse
 während der Dauer ihrer Wahlperiode — abgesehen von den
 allen nachgewiesener Arbeitsunfähigkeit — nur unter den Vor-
 aussetzungen aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden dürfen,
 wie bei einem Staatsbeamten die Entlassung im Disziplinarweg
 nachstehenden.

Wegen die geplante Ausdehnung der Arbeiterverschüsse und
 ihrer Befugnisse steht aber schon wieder die beständige Agitation der
 Arbeitgeberverbände ein. Die Handelskammern haben darin die
 Führung übernommen, und sie sprechen sich rundweg ablehnend

aus. Sie sehen darin ein Entgegenkommen gegen übertriebene
 und einseitige Wünsche radikal gerichteter Interessenvertretungen.
 Der obligatorische Arbeiterverschuß, heißt es in einem der Gut-
 achten, verwirkliche mit seiner Beteiligung an der Verwaltung
 der Betriebe die konstitutionelle Fabrik; ein solches System wäre
 aber der Anfang des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutsch-
 lands. Der obligatorische Arbeiterverschuß sei eine Schwärmerlei
 wie das konstitutionelle Heer. Die Textilfabrikanten von Forst
 in der Lausitz bemerkten in einer an den Reichstag gerichteten
 Eingabe, daß die Arbeiterverschüsse nur hindernd und beun-
 ruhigend in die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern
 eingreifen würden. Daß der Ausschuß über die Notwendigkeit
 von Ueberstunden und Sonntagsarbeit gehört werden solle, sei
 die schwerste und tränkendste Verletzung und es bedeute einen
 unerhörten Eingriff in das Dispositionsrecht des Unternehmers,
 wenn er in dieser Beziehung einem Angestelltenausschuß ein Zu-
 stimmungs- oder Vetorecht zugestehen sollte. Der Bund thüringi-
 scher Industrieller beauftragte die Firma Carl Zeiss in Jena mit
 der Abgabe eines Gutachtens. Die Firma nimmt auf Grund
 allgemeiner und vieljähriger Erfahrungen an, daß die Groß-
 industrie keine Veranlassung habe, sich gegen die Einführung obli-
 gatorischer Arbeiterverschüsse zu wehren. Diese seien nicht nur
 nützlich, sondern stellen eine organisatorisch notwendige Ein-
 richtung zur Leitung einer Fabrik dar. Kein moderner Groß-
 betrieb werde auf die Dauer ohne Schaden auf ein Sprachrohr
 seiner Arbeiter verzichten können. Die Einführung der Arbeit-
 erschüsse sei kein prinzipieller Eingriff in die Verantwortlich-
 keitsphäre des Fabrikanten. Der Staat und die Öffentlichkeit
 hätten aber ein Interesse daran, daß den Tausenden der in
 Fabriken Beschäftigten die Möglichkeit gegeben würde, sich auf
 geordnetem Wege mit der Fabrikleitung zu verständigen. So sind
 noch heute bei den Arbeitgebern die widersprechendsten Ansichten
 über den Wert der Arbeiterverschüsse anzutreffen. Die Abneigung
 der rückständigen Unternehmerkreise äußert sich dann am schroff-
 sten, wenn Bestrebungen hervortreten, dieser Einrichtung über-
 haupt erst Leben zu verleihen.

Für die Arbeiter besteht kein Anlaß, sich der Einführung der
 obligatorischen Arbeiterverschüsse zu widersetzen. Uebertriebene
 Hoffnungen braucht die Arbeiterschaft auf die Einführung aber
 auch nicht zu setzen. Diese Vertretung macht die gewerkschaftliche
 Organisation nicht überflüssig, sondern bedarf vielmehr deren
 energischer Unterstützung, wenn anders der Ausschuß nicht ein
 blutleeres Gebilde bleiben soll. Mit und neben der Organisation
 kann der Arbeiterverschuß nützliche Aufgaben erfüllen. Das hat
 sich deutlich erwiesen. Lediglich diese Erfahrung hat eine andere
 Haltung gegenüber den Ausschüssen gezeitigt. Und ich glaube, daß
 die Organisationen, wollen sie ihren stets wachsenden Aufgaben
 nachkommen, keines der ihnen sich bietenden Mittel — und dazu
 gehören die Arbeiterverschüsse auch — unbenutzt lassen dürfen.

So sehr unsere Kollegen aller Orten bislang bemüht waren,
 dem Institut der Arbeiterverschüsse abzurufen, was möglich
 war, können auch wir in keinen begehrten Hymnus auf diese Ar-
 beitervertretung verfallen. Nur wo unsere Organisation
 ihren Einfluß auf den Arbeiterverschuß geltend zu machen weiß,
 läßt sich eine einigermaßen bestriedigende Leistung aufweisen. So
 bleibt auch für uns regte Organisationsarbeit die Hauptsache!

Ursache, Verlauf und Lehren vom Zwidauer Gasarbeiterstreik.

Am 10. Dezember 1910 hatten unsere Kollegen in der Gasanstalt Zwidau die Arbeit niedergelegt. Die Ursache hierfür bildete die immerwährende Ablehnung ihrer Forderungen. Wohl hatte die Direktion den Arbeitern am 1. Oktober eine Pfennigzulage gewährt und auch einzelne besonders bevorzugte Kollegen mit 2, 3 und 5 Pf. Zulage pro Stunde bedacht. Die Abschaffung der 18stündigen Wechselsschicht hatte sie aber abgelehnt. Die Kollegen drängten nun angesichts der Lebensmittelteuerung nach weiterer Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Anstatt jedoch den Arbeitern Entgegenkommen zu zeigen, wurden die Kommissionsmitglieder gemäßigter. Hierdurch steigerte sich der Unmut der Kollegen immer mehr, so daß sie Ende November schon drohten, in den Ausstand zu treten, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden. Der Verbandsleitung gelang es, die Kollegen vorläufig hängend abzuhalten. Mehrfache Verhandlungen führten dann dazu, daß man den älteren Arbeitern noch weitere Wohnzulagen bewilligte. Den Grundlohn — für Feuerhausarbeiter 30 Pf. und für Hofarbeiter 33 Pf. pro Stunde — hatte man jedoch nicht aufgebessert. Auch die Abschaffung der 18stündigen Wechselsschicht und die Wiedereinstellung der gemäßigten Kommissionsmitglieder hatte man als unerfüllbar abgewiesen.

Daraufhin traten rund 50 Kollegen des Innenbetriebes in den Ausstand. Nachmalige Verhandlungen mit der Direktion und der Stadtverwaltung führten zu keinem Resultat. Der Kommandierte vielmehr zur Aufrechterhaltung des Betriebes Arbeiter aus städtischen Betrieben zu Hausreißerbiensten, von denen jedoch nur ein Teil derselben zu arbeitswilligen wurde. Sinequanon mangelte es der Verwaltung nie an Streibrechern aus anderen Kreisen, auch private Unternehmer am Orte lieferten in genügender Zahl. Die Direktion konnte ihren Betrieb aufrecht erhalten, und somit mußte den Kollegen klar werden, daß ihr weiteres Verharren im Streik nutzlos war. Der Kampf wurde nach vierwöchiger Dauer am 7. Januar abgebrochen und blieb für die Ausständigen ohne jeglichen Erfolg. Die vor dem Kampfe gepflogenen Verhandlungen, die unter Hinweis auf eventuelle Arbeitsniederlegung geführt wurden, zeitigten jedoch, wie oben gesagt, teilweise Erfolge.

Während des Kampfes hat die Stadtverwaltung den Arbeitswilligen besondere Zugeständnisse gemacht, sie hat diese besser bezahlt wie die Ausständigen und ihnen auch weitere Vergünstigungen gewährt. Auch sonst hat die Direktion viel zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Das geschah alles im Interesse ihres Kampfes gegen die organisierten Arbeiter und zur Niederdrückung der Streikenden. Wir müssen demgegenüber sagen, daß unsere Kollegen und auch die Streikleitung nicht immer getan haben, was im Interesse einer guten Durchführung der Bewegung notwendig war. Die Streikleitung ließ leider viel zu wünschen übrig. Die Direktion hatte von vornherein schon durch die zweimalige Bewilligung von Lohnzulagen an einzelne bevorzugte Arbeiter die Disharmonie unter die Kollegen getragen. Es erschien daher gewagt, den Kampf überhaupt zu führen. Mühte doch damit gerechnet werden, daß ein Teil derjenigen Leute, welche Zulagen bekommen hatten, im Betrieb blieb. Andererseits trieben die nur vorübergehend Beschäftigten immer mehr zum Kampf, weil ihnen der Lohn zu niedrig, da sie bessere Entlohnung gewöhnt waren. Die Situation war für die Streikenden keineswegs günstig. Ob auf Grund dieser Sachlage sowie der Organisationsverhältnisse unter den Arbeitern der Gasanstalt die Arbeitsniederlegung ratsam war, ist mindestens fraglich. Wenn die Streikgenehmigung trotzdem erfolgte, so geschah dies lediglich deshalb, weil unsererseits Wert darauf gelegt wird, die Mindestlohnsätze zu heben und die lange Wechselsschicht wie die lange Arbeitszeit überhaupt zu beseitigen.

Wirtschaftliche Kämpfe führen wir nicht, um überhaupt zu kämpfen, sondern um durch sie Erfolge zu erzielen. Im Laufe des Kampfes hat sich aber nur zu deutlich gezeigt, daß die organisatorischen Vorbedingungen zur Kampfführung fehlten. Die Charaktere waren nicht genügend geklärt, die Besonnenheit nicht stets in der erforderlichen Weise vorhanden, dafür aber fühner Mut und guter Wille gepaart mit dem stürmischen Verlangen nach Besserung ihrer Existenz immer in den Vordergrund traten. Damit allein ist aber nichts getan. Bei wirtschaftlichen Kämpfen müssen die gegenseitig streikenden Parteien ihre Kräfte abwägen. Unsere Kräfte wurden hier offenbar überschätzt. Vor allem machte sich der Mangel jeglicher Einheitlichkeit in der Organisation sowie der einheitlichen Leitung in der Bewegung bemerkbar. Bei diesem Streik von 60 Mann waren

mehr wie sechs Verbände beteiligt und dabei unsere Organisation noch mit weniger als 50 Proz. der Streikenden.

Unter solchen Umständen muß man sich die Frage vorlegen, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, den Kampf früher abzubrechen, da jede Aussicht auf Erfolg geschwunden war. Und das ist zu bejahen. Die regelrechte Erledigung der Arbeiten auf dem Gaswerk sowie die andauernde und genügende Gasversorgung der Stadt mußte die Streikleitung zu der Ueberzeugung bringen, daß der Ausstand verloren war und ein baldiger Abschluß sich erforderlich machte. Eine größere Anzahl Kollegen sträubten sich hiergegen, wollte weiter streiken, selbst wenn es nutzlos war.

Nachdem die Bewegung vorüber, ist es zweckmäßig, sich ihren Verlauf vor Augen zu halten und das Fazit zu ziehen. Der Streik ging verloren. Die auf die Arbeitsniederlegung gesetzten Erwartungen trafen nicht ein. Man hatte zu viel auf die Solidarität der Kollegen gebaut. Eine größere Anzahl Streibrecher blieb im Betrieb. Die Organisation war zu stark geteilt und zu jung, die Streikleitung ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Aus all diesem müssen wir die Lehre ziehen, daß bei der Befürwortung und Genehmigung von Streiks alle Verbandsinstanzen, von den Vertrauensleuten bis zum Verbandsvorstand, weit mehr noch wie bisher prüfen, ob die Unterlagen und Garantien für die Durchführung eines Kampfes gegeben sind. Um Nachteile für die Gesamtbewegung zu verhüten, ist es unbedingt notwendig, daß der Verbandsvorstand mehr in die Führung von Lohnbewegungen und Streiks eingreift. Die besten Garantien für die Beschränkung von Mißerfolgen ist und bleibt aber die Stärkung der Organisation in jeder Art und Form.

Wenn nun bürgerliche Blätter davon jafeln, daß beim Zwidauer Streik gewissenlose Treiberei der Führer große Nachteile für die Arbeiter angerichtet habe, so ist demgegenüber zu sagen, daß die Führer in den meisten Fällen und auch hier alle Nadel in Bewegung gesetzt haben, um den Kampf zu einem friedlichen Abschluß gelangen zu lassen. Wenn aber den Ärmsten der Armen, den am schlechtesten Bezahlten anstatt Lohnzulagen Abweisungen ihrer Forderungen zuteil werden, so darf man sich nicht wundern, wenn solche Kämpfe ausbrechen. Denn seit jeht doch wohl, daß die Stadtverwaltung Zwidau nur die schon besser gestellten Arbeiter mit Lohnzulagen bedacht hat, während ein großer Teil, die mit dem Anfangslohn bezahlt wurden, im Nachteil blieb. Die Lügen der bürgerlichen Presse werden deshalb bei der Arbeitererschaft nicht verfangen. Die Stellung des Rates der Stadt sowie der Gaswerksdirektion hat eben den Kampf herausbeschworen. Selbst als der Streik schon beendet war, ließ die Verwaltung den Arbeitern ihren Druck fühlen. Anfragen nach Wiedereinstellung auf dem Gaswerk wurden vom Assistenten Otto damit beantwortet, daß sie wohl wieder anfragen konnten, sie müßten sich aber bereit erklären, jegliche Agitation für den Verband zu unterlassen, ja sogar aus dem Verband austreten. Offenbar wollte hier der Sieger seine wirtschaftliche Uebermacht dem Besiegten gegenüber zur Geltung bringen. Ganz selbstverständlich wandten sich die Arbeiter hiergegen. Sie reichten beim Rat der Stadt eine entsprechende Eingabe ein und erhielten daraufhin den Bescheid:

„Der Rat der Stadt habe dem Vorschlag des Gasauschusses entsprechend die Direktion des Gasauschusses verständigt, daß bei Einstellung von Arbeitern kein Gewicht darauf zu legen sei, ob diese einer Organisation angehören oder nicht.“

Daß die rein gesetzliche Pflicht hier von Rats wegen noch betont werden muß, ist bezeichnend für unsere herrschenden Zustände. Es zeigt dies aber auch, wie die Koalitionsfreiheit der Arbeiter selbst von Stadtverwaltungen geachtet wird. Theorie und Praxis sind eben grundverschieden. Angesichts derartiger Geschehnisse sind wir noch von Verheerungen der Arbeiter durch ihre Organisationsleiter zu reden, bekommen eben nur die Goldschreiber der Unternehmerpresse fertig. Arbeitern ist solches Rechtsempfinden unverständlich. Wäre bei Durchführung des Kampfes die Güte ihrer Gründe für die Forderungen allein maßgebend gewesen, so hätten die Kollegen siegen müssen. Ausschlaggebend war hier aber, daß in unserer Organisation am Platze, selbst in Verbindung mit den anderen Verbänden angehörenden Kollegen, nicht die Kraft war, um der Stadtverwaltung in der Weise entgegenzutreten zu können, wie das erforderlich gewesen wäre. Unseren Gegnern künftighin die Schadenfreude an unsern Mißerfolgen zu nehmen, müssen wir unsere Kräfte besser sammeln und eingehender prüfen.

A. M.

Konferenz der Arbeiterausschüsse der Württ. Verkehrsanstalten.

Von unserer Organisation, wie auch von dem „Süddeutschen Eisenbahnerverband“ und dem „Deutschen Metallarbeiterverband“ wurde am Sonntag, den 5. Februar 1911, nach Cannstatt eine Konferenz der Arbeiterausschüßmitglieder einberufen, um zu der im Etat von 1911/12 vorgesehenen „Lohnerhöhung usw.“ Stellung zu nehmen. Außerdem hatte man sich mit der von der Regierung geplanten Errichtung einer eigenen Versicherungsanstalt zu beschäftigen. Referent zu den beiden Tagesordnungspunkten war Kollege J. Ernst, Gauleiter des „Süddeutschen Eisenbahnerverbandes“.

Die Konferenz selber war außerordentlich zahlreich besucht. Aus allen Gegenden des Schwabenlandes waren die Kollegen erschienen, um ihre Willensäußerung zu der Regierungsvorlage, die nur eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag für die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter in Aussicht stellte, zum Ausdruck zu bringen. Die Affordarbeiter sollten leer ausgehen.

Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Den vorgetragenen sachlichen Argumenten zur Begründung einer durchgreifenden Lohnerhöhung wurde allseitig zugestimmt. Für die staatlichen Telegraphenarbeiter sprachen in der Diskussion die Kollegen Altwater und Steinhilber. Kollege Altwater hob insbesondere den krassen Widerspruch zwischen den (besser bezahlten) Beamten zugeordneten Gehaltsvorlage von über 200 Mk. und der kaum 60 Mk. pro Jahr betragenden Lohnerhöhung für die miserabel bezahlten Arbeiter hervor. Und das, obwohl die Regierung in ihren Notiven zu der neuen Gehaltsvorlage selber nachweise, daß sich in den letzten drei bis vier Jahren ohne die Mietpreissteigerung die Kosten für die notwendigsten Haushaltungsbedürfnisse in Stuttgart um 105 Mk. pro Jahr erhöht haben.

Für den Metallarbeiterverband sprachen in wirkungsvoller Weise die Kollegen Stuber-Eltingen und Hosenhien-Stuttgart.

Die nachstehende Resolution gelangte sodann, nachdem sich noch verschiedene Redner in zustimmendem Sinne geäußert, zur einstimmigen Annahme:

1. Die am 5. Februar 1911 in Cannstatt versammelten Delegierten der Arbeiterausschüsse der Werkstatt-, Maschinen- und Betriebsinspektionen, sowie der Postverwaltung der württembergischen Verkehrsanstalten nehmen Kenntnis von der den Arbeitern nach dem Staatsvoranschlag der Königl. Regierung zugebachten Aufbesserung der Zeit- und Tagelöhne um 20 Pf. pro Tag.

2. Diese Lohnaufbesserung ist nicht nur im Hinblick auf die von der Regierung selbst festgestellte Verteuerung des Lebensaufwandes völlig ungenügend, sondern bedeutet auch gegenüber der von der Regierung für die in gleichem Einkommensverhältnis stehenden Staatsbeamten vorgesehene Gehaltsaufbesserung von mindestens 200 Mk. eine durch nichts begründete Zurücksetzung.

3. Der für diese Zurücksetzung von der Staatsregierung geltend gemachte Einwand, daß die Arbeiter der Verkehrsanstalten ihre Lohnerhöhung „vorne“ erhalten haben, ist sachlich nicht begründet, indem auch die Staatsbeamten 1907 eine Aufbesserung im Gesamtbetrag von 7½ Millionen Mark im Beharrungszustand erhalten haben.

4. Mit Rücksicht hierauf und im Hinblick auf die allseits anerkannte Verteuerung des Lebensaufwandes erscheint eine — der Gehaltsaufbesserung der Staatsbeamten gleichen Arbeitseinkommens annähernd gleichkommende Lohnaufbesserung der Arbeiter der Verkehrsanstalten kein unbilliges Verlangen, sondern vielmehr voll auf begründet zu sein.

5. Die Delegierten der Arbeiterausschüsse richten daher an eine hohe Regierung die ergebene Bitte, durch Einbringung eines Nachtragsetats die erforderlichen Mittel bereit zu stellen, deren verfassungsmäßige Genehmigung sie den hohen Landständen vertrauensvoll anheimstellen.

6. Direkt unbefriedigend ist ferner die von der Königl. Staatsregierung eingenommene Stellung gegenüber den Affordarbeitern, die nach dem Vorschlag der Regierung bei der Lohnerhöhung in der Hauptsache ausfallen. Da deren Tagelohnsätze ohnehin nach der Werkstätten-Lohnordnung unbegründeterweise niedriger bemessen sind als die der Zeitlohnarbeiter und außerdem häufig ohne vorübergehende Vereinbarung mit den betreffenden Arbeitern vorgenommene Reduzierungen der Affordpreise vorkommen und es mithin auf keiner Kraftanstrengung bedarf, um auf einen den Zeit-Löhnen entsprechenden Verdienst zu kommen, so ist eine durchgreifende, nach der Richtung der Erhöhung namentlich zu niedrig angelegte Affordpreise vorzunehmende Revision der Affordpreise eine nicht länger aufzuschiebende Notwendigkeit.

7. Zur Beseitigung der nach dem Etatsentwurf gegebenen Zurücksetzung der Affordarbeiter und zur Ausmeryzung vorhandener Mißstände im Affordwesen, sowie zur Herbeiführung einer angemessenen Mitwirkung der Arbeiter bei Neuregelung der auch von der Regierung teilweise in Aussicht genommenen Erhöhung zu niedrig angelegter Affordsätze ist die Errichtung von Affordkommissionen dringend geboten. Die Affordkommissionen sind im Einvernehmen mit den Arbeiterausschüssen gutachtlich bei der Feststellung der Affordpreise von den Werkstätteninspektionen zu hören und deren Gutachten von diesen billigerweise zu berücksichtigen.

8. Eine Revision der Betriebs- und Werkstättenlohnordnung, sowie der Lohnordnung der Post- und Telegraphenarbeiter im Sinne einer Erhöhung der untersten Lohnsätze, Verminderung der Lohngruppen sowie anderweitige Klassifizierung der den einzelnen Gruppen zugehörigen gelernten Handwerker und dadurch bedingte Vereinfachung, ist eine unaufschiebbare Notwendigkeit, da anderenfalls die 1907 gewährte und jetzt wieder in Aussicht genommene Lohnaufbesserung für neu eintretende Arbeiter nicht in Wirksamkeit treten und damit sowohl bedeutende Ungleichheiten für Arbeiter gleicher Leistungsfähigkeit als auch sonstige Ungerechtigkeiten weiterhin bestehen bleiben würden. Außerdem ist die Einreihung der Städte Friedrichshafen, Ulm und Heilbronn in die Ortsklasse A, sowie der gänzliche Fortfall der Ortsklasse C, bezw. für die im Dienst der württemberg. Posten und Telegraphen stehenden Arbeiter, unter Ausschaltung der Lohnklassen C und D der Lohnordnung, die Einbeziehung der Städte Heilbronn, Ulm, Tübingen, Reutlingen und Freudenstadt nebst den im Umkreise von 10 Kilometern von Stuttgart stehenden Orten in die Lohnklasse A, und Einreihung aller übrigen Orte in die Lohnklasse B, geboten.

9. Endlich ist die Fortbildung der seit 1892 bei den Werkstätten- und Maschineninspektionen und bei den Betriebsinspektionen seit 1906 erstmals eingeführten Arbeiterausschüsse zu wirklichen Vertrauenskörperschaften der Arbeiter und im Zusammenhange damit die allmähliche Herausarbeitung eines der Neuzeit entsprechenden Staatsarbeiterrechts im Interesse einer gedeihlichen Lösung der Arbeiterfrage für die Staatsarbeiter sehr erwünscht. So wie die Arbeiterausschüsse jetzt gestaltet sind und ihre Mitwirkung in allgemeinen Arbeiterangelegenheiten geregelt ist, sind sie nicht viel mehr als bloße Scheinvertretungen.

10. Soweit nicht diese von den Arbeitern der Verkehrsanstalten aufgestellten Wünsche — wie die unter Ziffer 5 — der Verabschiedung durch die hohen Landstände vorbehalten sind, richten wir an die Königl. Regierung die ergebene Bitte, in Wälde eine Vertretung der Arbeiterausschüsse zur gemeinsamen Beratung der aufgestellten Wünsche mit der Generaldirektion zu berufen, damit die Arbeiter nach vor der endgültigen Verabschiedung des Etats Gelegenheit zur Stellungnahme haben.

Diese Resolution sticht äußerst vorteilhaft ab von derjenigen, welche bereits acht Tage vorher von einer Versammlung des im Fahrwasser der „Patent-Christen“ segelnden „Neuen Eisenbahnerverbandes“ gefaßt wurde.

In derselben heißt es: „Die Versammlung nimmt mit Genugung davon Kenntnis, daß die Königl. Staatsregierung neben der notwendigen Erhöhung der Gehälter der Beamten auch die Aufbesserung der Löhne der Arbeiter für zulässig gehalten hat“ usw.

Die Gewerkschaft bleibt sich doch immer gleich!

Nach dem gleichfalls beifällig aufgenommenen Referat über die geplante Errichtung einer eigenen Versicherungsanstalt, an das sich nur eine kurze Diskussion anschloß, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Delegierten erklären, daß sie mit der Schaffung einer eigenen Versicherungsanstalt für die bei den württembergischen Verkehrsanstalten beschäftigten Arbeiter nicht einverstanden sind. Die Errichtung einer derartigen Stufenrichtung würde eine Zersplitterung der Invalidenversicherung bedeuten, welche nicht im Interesse der Arbeiter liegt und nach den verschiedensten Richtungen deren Benachteiligungen zur Folge haben würde. Die Konferenz richtet daher an die Generaldirektion der Verkehrsanstalten die dringende Bitte, von der weiteren Verfolgung einer derartigen Absicht Abstand zu nehmen und sich auf einen weiteren Ausbau der vorhandenen Versicherungseinrichtungen zu beschränken.“

Mit dem Appell an die anwesenden Kollegen, den Organisationsgedanken weiter hinauszutragen und kein Mittel unversucht zu lassen, um die der Organisation noch fernstehenden Kollegen derselben zuzuführen, wurde die würdig verlaufene Konferenz geschlossen.

Dürfen sich Feuerwehrlente und Krankenpfleger organisieren?

Unsere Lesern ist bekannt, daß unser Verband in allen Orten Deutschlands größere Massen ausgebeuteter Arbeiter auch der Kommunalbetriebe in sich aufnimmt. Das wurmt nicht allein unsere „guten Freunde“ im Lager der gegnerischen „Verbände“, sondern natürlich auch die guten Stadtverordneten der einzelnen Städte. Was sich da die guten Spießbürger alles leisten, geht auf keine Kuhhaut. Als absolute Gegner jeder Organisationsfreiheit der Arbeiter möchten sie dies natürlich auch gern auf die Kommunalbetriebe übertragen. Sie machen nicht allein die überängstlichen Stadträte mobil, sie malen auch das Schredgespenst eines — „Streiks“ an die Wand, um so den „Bürgern“ das Gruseln beizubringen. Erstaunlich ist es auch, daß sogar „demokratische“ Stadtverordnete sich als Gegner der Organisation der Arbeiter aufspielen, obwohl sie selbst als Meister gut organisiert sind. Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes. Der Herr darf sich vereinigen — der Knecht hat — zu gehorchen. Daß unsere Genossen in den einzelnen Stadtparlamenten nicht allein alle Mühe und Last haben, diesen Herren den Standpunkt klar zu machen, ist bekannt, sie haben aber manchmal doch bei diesem oft vergeblichen Bemühen ihre stille Freude an den Purzelbäumen, welche diese „Stadtväter“ schlagen — schlagen müssen. Da wird uns aus der „demokratischen“ Stadt Frankfurt a. M. wieder berichtet, daß dort in einer Sitzung ein großes Behlagen aus dem Runde der Stadtväter erscholl, weil sich die — Feuerwehrlente sogar erlauben, sich einer Organisation anzuschließen. Und was wußte nun ein braver Kalermeister als „Demokrat“ zu sagen? „Die Feuerwehrlente stehen unter militärischer Disziplin und dürfen sich gar nicht organisieren...“ Bums, bums. Ein beifälliges Nicken des Herrn Bürgermeister. Unsere Genossen haben aber bald diesen schönen Traum zerstört, indem sie nicht allein auf das unrichtige Verlangen der Herren hingewiesen haben, sie nahmen sie sogar beim Wort und zeigten ihnen, daß sie ja selbst krampfhaft bemüht waren, die „militärischen“ Feuerwehrlente in ihre liberalen Verbände zu bringen. Sie erzählten, daß vor einiger Zeit z. B. mehrere, auch anwesende bürgerliche Stadtverordnete die Feuerwehrlente Frankfurts zu einer Versammlung zusammengetrommelt hatten und dort unter Ausschluß der Öffentlichkeit saßen. Große Beschwerden seien da zum Ausdruck gekommen und das berechtigte Verlangen der Feuerwehrlente, die man doch extra gerufen hatte, auch Hilfe von den guten Leuten zu erhalten. Nichts sei aber geschehen und die geprellten Feuerwehrlente hätten nun mit diesem einen „Versuch“ genug und würden sich den modernen Arbeiterverbänden anschließen. Deshalb die Wut, weil eben die Felle fortgeschwommen seien. Ganz entsetzt blickte der Herr Bürgermeister die braven Väter der Stadt an. Ist dies möglich? Sicher doch nur wieder mal eine „sozialdemokratische“ Behauptung, die jeder Begründung entbehrt. — Erst verlegenes Schweigen. Als aber dann unsere Genossen sogar die Namen der einzelnen bürgerlichen Stadtverordneten nannten, welche vergeblich den Versuch gemacht haben, die „ruhigen“ Feuerwehrlente zu „berheken“, da brach der Sturm auf der ganzen Linie los. Zuerst der Versuch, die ganze Versammlung nur als eine „Sitzung zwecks Information über die angeblichen Beschwerden der Feuerwehrlente“ hinzustellen. Als dies aber wieder nicht gelingen wollte und gar einzelne Reden der Herren angeführt werden konnten, welche doch das Gegenteil bewiesen, dann wieder verlegenes Schweigen. Einer wollte sich drücken und von der ganzen „Geschichte“ nichts wissen. Obschon man nicht genau wußte, ob der Gute auch bei der Sitzung war, klopfen unsere Genossen mal auf den Busch und erklärten, daß dieser Herr sogar mit seinem „alten Feuerwehrlente“ in der Versammlung erschienen sei, den er noch als ehemaliges Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr im Schranke hatte, nur um als „Kollege“ mehr Eindruck zu machen. Unter großer Heiterkeit erklärte jedoch dieser ängstliche Mann sehr verlegen, daß er „in Zivil, ohne seinen Helm“ anwesend war. „Auch Du, mein Sohn Brutus“, dachte der erschrockene Bürgermeister. . . . Es war zum Heulen. Nun raffte er sich auf und hielt eine Rede, die in dem Wunsche ausklang, daß man die Feuerwehrlente in Ruhe lassen sollte, weil sie eigentlich „Militär“ seien und wie die Staatsbeamten, Eisenbahner usw. kein Streikrecht hätten. Auch hiergegen protestierten unsere Genossen und erlaubten sich die Anfrage, ob denn auch die Herren Stadträte sich der Agitation unter den Eisenbahnern enthalten sollten? „Natürlich“ rief der gute Bürgermeister mit Steniorstimme. Da wurde ihm aber der Beweis geliefert, daß erst vor einigen Tagen sein Magistrats-

kollege Dr. Fleisch als Landtagsabgeordneter in einer Versammlung die braven Eisenbahner „aufgehört“ hat.

Nun war das Durcheinander fertig. „Auch dies muß ich entschieden mißbilligen“ meinte zum Schluß sehr kleinlaut der Herr Bürgermeister, als gar kein Ausweg mehr blieb.

Seitdem ist mehr Ruhe eingezogen. Aber nicht ganz. Als vor einigen Tagen die Arbeiter und Angestellten der Frankfurter Krankenhäuser eine Versammlung wünschten, um da ihre Wünsche vorzubringen, hatte unsere Filialleitung unsere Stadtverordneten Ed. Gräf um ein Referat ersucht. Obschon Gräf wegen anderweitiger Verhinderung das Referat absagen mußte, waren wieder einige bürgerliche Vertreter und wieder „gute Demokraten“ darüber ganz aus dem Häuschen. Wie kann ein Stadtverordneter es wagen, die ruhigen Leute in einem Krankenhaus aufzuheben. . . . Und noch dazu Gräf, der als Vorsitzender der großen Ortskrankenkasse doch wissen muß, daß in einem Krankenhause „Ordnung“ herrschen soll usw. Man drohte sogar mit Gegenmaßnahmen — und zwar gegen die — Ortskrankenkasse, indem man künftig dafür sorgen wolle, daß die Pflegefälle erhöht würden usw. Wieder war es nichts. Auch im Krankenhause regen sich die Angestellten und wollen nicht länger Sklaven sein. Das schönste leistete sich jedoch das Bündlerblatt in Friedberg, indem es schrieb:

„Wie die Sozialdemokraten ihre Herrschaft in den Ortskrankenkassen für ihre parteipolitischen Zwecke ausnutzen, zeigt, daß der Genosse Gräf, der Vorsitzender der Ortskrankenkasse ist, den Umstand, daß viele Kranke dieser Kasse im städtischen Krankenhause versorgt werden, dazu benutzte, um sozialdemokratische Agitation unter den Krankenwärtern und Anstaltsbediensteten zu treiben.“

War dies nicht eine respektable Leistung? Es ist nur schade, daß der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozials“ diesen Gräuß nicht früher zu Gesicht bekommen hat. Sicher wäre auch dieser Blödsinn in das gelbe Buch aufgenommen worden. So „kämpfen“ unsere Gegner!

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Leipziger städtischen Betrieben.

II

(Schluß)

Es ist natürlich an dieser Stelle unmöglich, die einzelnen Löhne mit ihren verschiedenen Arten und Abnutzungen aus sämtlichen Betrieben wiederzugeben, man muß sich vielmehr auf die vorstehenden Beispiele beschränken. Bemerkenswert ist übrigens, daß der Stadtrat in der gesamten Lohnübersicht nirgends Jahreslöhne angibt, wie das bei früheren Auskünften meist der Fall war. Bei der Angabe von Jahresverdiensten war natürlich nie ein klares Bild über die wirkliche Entschädigung der Arbeitsleistung zu erlangen, weil nicht zu ersehen war, wieviel Nebenarbeit dabei mitberechnet wurde. Wenn auch die Gesamtübersicht einen ziemlich genauen Einblick in die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter gestattet, so ist es doch gewagt, an der Hand dieser Uebersicht Vergleiche mit den Verhältnissen früherer Jahre anzustellen; dazu fehlt es an genügend sicheren Unterlagen. Die Mitteilungen, die der Rat auf Anfragen hin und wieder gemacht hat, lassen höchstens erkennen, daß die Lohnverhältnisse früher noch weit ungünstiger gewesen sein müssen. Danach haben z. B. im Jahre 1898 die Arbeiter der Schleusenreinigung durchweg auf einem Wochenlohn von 18 M. gestanden. Dieser Lohn hat sich damals nicht gesteigert, er blieb während der ganzen Arbeitszeit der gleiche. 1899 trat eine Steigerung ein, und zwar wurde ein Mindestlohn von 20 M. festgesetzt, der sich im Laufe der Zeit auf 24 M. steigerte. 1904 hat eine abermalige Steigerung stattgefunden. Es wurde damals ein Mindestlohn von 22 M. festgesetzt, der sich allmählich steigerte auf 26 M., und im Jahre 1907 ist zu der höchsten Stufe von 26 M. eine weitere Stufe von 27 M. hinzugekommen. Es mag auch nicht unerwähnt bleiben, daß der Rat beabsichtigt, die zwölfstündige Arbeitszeit, insbesondere für die Heizer und Maschinisten der Kläranlage, durch Einfügen von Hilfsdiensten auf 11 Stunden zu vermindern. Auch dann wäre die Arbeitszeit noch recht lang. Wiederholt hat auch der Oberbürgermeister ausgesprochen, daß der Abzug der Feiertage bei Wochenlohn „als eine unzulässige Absonderlichkeit“ zu bezeichnen ist, aber Wochenlohn durchgängig einzuführen, dazu kann man sich nach wie vor nicht verstehen. Es bleibt also zunächst nur übrig, die den Stadtverordneten zum ersten Male übermittelte Zusammenstellung als ein Mittel anzuerkennen, das geeignet erscheint, einen bisher bestehenden Mangel an Material zur eingehenderen Beurteilung der Arbeiterverhältnisse zu beseitigen. Insofern kann man von einem Fortschritt reden. Nunmehr erst wird es möglich werden, die weitere Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse genauer zu verfolgen und zu beurteilen. Voraussetzung bleibt aber auf alle Fälle, daß auch

künftige Veränderungen in derselben Weise den Stadtverordneten zugänglich gemacht werden.

Ob die zurzeit bestehenden Löhne den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Betrieben einer Großstadt entsprechen, darüber geben die Meinungen weit auseinander. Rat und bürgerliche Stadtverordnete halten sie für ausreichend, die Arbeiter selbst und diejenigen, die die Arbeiterverhältnisse näher kennen, teilen diese Ansicht nicht. Es ist auch nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit in dieser Frage Übereinstimmung erzielt wird. Um diesen Gegensatz der Meinungen zu verstehen, braucht man nur darauf zu verweisen, welche Auffassung über diese Dinge auf bürgerlicher Seite wiederholt zum Ausdruck gekommen ist. In der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Oktober 1908 äußerte der Oberbürgermeister, daß den Rat die Lohnfrage fortwährend beschäftigt hat. „Wir haben“, so sagte er, „uns genau informiert, wie die Löhne in den Privatbetrieben sind und wir halten stets darauf, daß wir nicht niedrigere Löhne zahlen, aber allerdings auch nicht höhere; denn wir können nicht unsere Betriebe so führen, daß wir durch unsere Lohnerhöhungen etwa die Privatindustrie zwingen, auch ihre Löhne zu erhöhen.“ Einen ähnlichen Sinn hatten die Worte des Oberbürgermeisters in der Sitzung am 29. Dezember 1909: „Wir werden immer genau prüfen, ob die von uns gezahlten Löhne im rechten Verhältnis stehen zu den sonst gezahlten Löhnen und das muß maßgebend sein.“ In derselben Sitzung gab ein bürgerlicher Stadtverordneter der Meinung seiner Anhänger in den Worten Ausdruck: „Die Privatunternehmer können verlangen, daß die Arbeiter in den städtischen Betrieben ungefähr so bezahlt werden, wie die der Privatbetriebe; mit anderen Worten: der Rat darf und soll den Privatunternehmern keine Konkurrenz machen.“ Hier ist der Schlüssel zu der Frage, warum die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen Betrieben für verbesserungsbedürftig halten, die bürgerlichen Stadtverordneten aber nicht. Die ersten meinen, daß die städtischen Betriebe tatsächlich Musterbetriebe sein sollten, die der Privatindustrie mit gutem Beispiele voranzugehen haben. Nicht darauf kommt es an, welche Löhne in der Privatindustrie gezahlt werden, sondern was die geleistete Arbeit wert ist und ob die gezahlten Löhne den steigenden Anforderungen des Lebens entsprechen. Auf bürgerlicher Seite aber wacht man eifrig darüber, daß nicht etwa durch günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen Betrieben die Arbeitsverhältnisse in der Privatindustrie auch besser werden.

Nun wird bei jeder Gelegenheit auf die den Arbeitern gebotene Fürsorge und auf Vergünstigungen hingewiesen, die in Privatbetrieben nicht oder nicht in dem Umfange bestehen. Solche Einrichtungen bestehen allerdings. Nach den im Jahre 1904 beschlossenen Bestimmungen über die Fürsorge für städtische Arbeiter kann diesen bei unerschuldeter, durch Krankheit oder Gebrechen hervorgerufener dauernder Arbeitsunfähigkeit Ruhestandsunterstützung, ihren hinterlassenen Ehefrauen und ehelichen Kindern Witwen- und Waisenunterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, daß die Arbeiter a) bei ihrer Annahme zum städtischen Dienst nach Feststellung des Stadtbezirksarztes oder eines anderen vom Räte beauftragten Arztes voll arbeitsfähig und gesund gewesen, ferner b) zu einer dauernden Beschäftigung angenommen und in die Liste der ständigen Arbeiter eingetragen, endlich c) entweder nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre mindestens 10 Jahre ununterbrochen in städtischen Diensten beschäftigt worden sind und bei Eintritt der dauernden Arbeitsunfähigkeit in städtischer Beschäftigung stehen, d) oder nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre vor Erfüllung dieser zehnjährigen Dienstzeit ohne ihr Verschulden infolge der Ausübung des Dienstes dauernd arbeitsunfähig geworden sind und bei Eintritt der dauernden Arbeitsunfähigkeit in städtischer Beschäftigung stehen. Die jährliche Ruhestandsunterstützung beträgt 25 vom Hundert des letzten Lohnverdienstes und steigt mit jedem weiteren vollendeten Jahre um je 1% bis 75 vom Hundert. Die jährliche Witwenunterstützung beträgt 20 vom Hundert des letzten Lohnverdienstes des Ehemanns, während Kinder, deren Mutter lebt, je $\frac{1}{10}$ Kinder aber, deren Mutter nicht mehr lebt oder Witwenunterstützung nicht erhält, je $\frac{1}{20}$ der Witwenunterstützung erhalten. Der niedrigste Satz der Witwenunterstützung ist auf 200 M., derjenige der Unterstützung eines Kindes auf 40 M. und derjenige einer waisen- und mütterlosen Waise auf jährlich 60 M. festgesetzt.

So anerkanntenswert diese Einrichtung, zu der die Arbeiter kleinerer Beiträge zahlen, auch ist, so bleibt dennoch zu bedenken, daß der Rat endgültig nach freiem Ermessen entscheidet, ob und inwiefern die Bedingungen für die Unterstützung erfüllt sind und daß ein rechtlicher Anspruch auf Gewährung von Unterstützung nicht besteht: jede Unterstützung wird vielmehr vom Räte nach freier Entscheidung bewilligt und kann ebenso jederzeit geändert oder wieder entzogen werden. Es kann nicht bestritten werden, daß bisher der Rat von dem Rechte der Unterstützungsverweigerung keinen Gebrauch gemacht hat und hoffentlich bleibt das auch in Zukunft so, aber dennoch bildet das Wortchen „kann“ immerhin eine gewisse Gefahr für die die Unterstützung beanspruchenden Arbeiter und ihre Angehörigen. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Gemeindefunktionären einen Rechtsanspruch auf

Ruhegelder einzuräumen und eine Beitragsleistung der Arbeiter vorzusehen, wurde damals abgelehnt, angeblich deshalb, weil, wenn die Unterstützung nicht freiwillig gewährt wird, die Reichsinvalidenrente ruhen würde.

Daß in den städtischen Betrieben Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüsse bestehen, sollte man eigentlich als selbstverständlich annehmen, aber ganz so glatt, wie das von den Arbeitern gewünscht wurde, haben sich diese Fragen doch nicht entwickelt. Vor 1904 waren nicht in allen Betrieben Arbeitsordnungen vorhanden und Arbeiterausschüsse bestanden bis dahin nur beim Tiefbauamt und den Gasanstalten, in den übrigen Betrieben sind sie erst später nach und nach geschaffen worden. Im gleichen Jahre wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, allen denjenigen Arbeitern, die 3 Jahre (statt 6 Jahre) im städtischen Dienste stehen, die Wählbarkeit und denjenigen Arbeitern, die über 1 Jahr (statt 3 Jahre) bei der Stadt beschäftigt sind, das Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen zu verleihen. Der Rat aber konnte sich nicht entschließen, diesem Antrage nachzukommen und als im Dezember die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Antrag erneut einbrachten, da wurde er von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Nunmehr zeigte sich aber der Rat zugänglicher als die Stadtverordnetenmehrheit, denn im Mai 1907 teilte er mit, daß er jetzt beschließen habe, für die Wählbarkeit statt einer dreieinjährigen und für die Wählbarkeit statt einer sechs- eine dreijährige Dienstzeit festzusetzen.

Ähnlich gestalteten sich übrigens die Dinge bei der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit in den Gasanstalten. Als die Forderung auf Einführung der Achtstundenschicht für Ofenarbeiter erhoben wurde, erklärte der Stadtrat im November 1903, daß sich die bisherige längere Arbeitszeit „seit dem Jahre 1888 vorzüglich bewährt hat“ und im Dezember 1906 antwortete er, daß er die Einführung der Achtstundenschicht „für vollkommen unbegründet erachte“, und die bürgerlichen Stadtverordneten begleiteten diese Antwort mit einem „Sehr richtig!“. Aber seit dem 1. September 1909 ist dem Wunsche der Arbeiter entgegen und die Achtstundenschicht eingeführt worden.

Gegenstand mannigfacher Anträge der Arbeiter war auch die Frage der Gewährung von Urlaub, vor allem wünschte man eine Erweiterung der bereits bestehenden Bestimmungen und von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion sind diese Anregungen nachdrücklich unterstützt worden. So hat sich denn auch der Stadtrat veranlaßt gesehen, eine Neuregelung der Urlaubsbestimmungen vorzunehmen und folgendes festzusetzen: Es können Urlaub erhalten a) Arbeiter, für die keine besonderen Bestimmungen gelten, nach einer Dienstzeit von 2 Jahren 3 Arbeitstage, nach 5 Jahren 4 Arbeitstage, nach 10 Jahren 6 Arbeitstage und nach 20 Jahren 8 Arbeitstage; b) Heizer an Hochdruckdampfesseln und in der Markthalle, sowie Schaufelreinigungsarbeiter nach 2 Jahren 4 Arbeitstage, nach 5 Jahren 5 Arbeitstage, nach 10 Jahren 6 Arbeitstage, nach 15 Jahren 7 Arbeitstage und nach 20 Jahren 8 Arbeitstage; c) Retortenhausarbeiter der Gasanstalten, die Arbeiter der Beseitigungsanstalt und der Alagrubenanlage im Vieh- und Schlachthofe, sowie die Desinfektions- und Alarntagenarbeiter im Krankenhaus nach 2 Jahren 4 Arbeitstage, nach 5 Jahren 5 Arbeitstage, nach 10 Jahren 7 Arbeitstage und nach 12 Jahren 8 Arbeitstage. Arbeiterinnen kann auf ihr Ansuchen Sommerurlaub gewährt werden, wenn sie auf ihre Kosten Verordnungen stellen. Damit sind freilich die Wünsche der Arbeiter bei weitem nicht erfüllt, aber immerhin kann diese Neuregelung gegenüber den früheren Verhältnissen als ein kleiner Fortschritt gelten.

Daß der Rat auch die vollen Beiträge für die Arbeiter zur Ortskrankenkasse entrichtet, daß auch in einzelnen Betriebsabteilungen gewisse infolge der Art der Beschäftigung notwendige Kleidungsstücke geliefert werden, soll hier, der Vollständigkeit halber, Erwähnung finden. Der § 616 des bürgerlichen Gesetzbuchs (Fortzahlung des Lohnes bei unerschuldeter Verhinderung an der Dienstleistung) ist zwar ausgeschaltet, aber durch besondere Bestimmungen ersetzt, durch die die Fortbezahlung des Lohnes in den hier in Frage kommenden Fällen ausgesprochen ist.

Wenn nach alledem in den letzten Jahren sich eine Entwicklung nach vorwärts bemerkbar gemacht hat, wenn durch die Mühseligkeit der Arbeiter, durch die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten, schließlich aber auch durch die wirtschaftlichen Verhältnisse wie durch veränderte Einrichtungen in den Betrieben manche Besserung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter sich gezeigt hat, so bleibt doch auf diesem wichtigen Gebiete noch recht viel zu tun übrig. Die Dinge weiter zu fördern und vor allem darauf hinzuwirken, daß die städtischen Betriebe wirkliche Musterbetriebe werden, bleibt nach wie vor eine bedeutsame kommunalpolitische Aufgabe der Sozialdemokratie.

A. L.

Wer stets dem Kampf aus dem Wege geht, kann sich wohl rühmen, unbesiegt geblieben zu sein bis ans Ende; aber ist er darum ein Held? Eberh.

„Christliches“ ans Raden.

Unter diesem Titel brachte „Die Gewerkschaft“ in Nr. 45 vom 8. November 1910 einen Artikel über das Gebaren der christlichen Zentrums-Gewerkschaften im badiſchen Ruſterlände. Dabei wurde auch gezeigt, wie die „Erfolge“ der Chriſten zunähſt kommen. Lange hat es gedauert, bis die ſchwarzen Demagogen daraufhin die Sprache wieder erlangt haben. Endlich kommt in Nr. 6 der „Gewerkschaftsſtimme“ vom 9. Februar 1911, alſo genau nach drei Monaten, eine Antwort, die das beſtätigt, was wir den Chriſten zum Vorwurf gemacht haben. Es heißt da u. a.:

„So regt ſich die „Gewerkschaft“, das Organ des roten Gemeindegewerksverbandes, darüber auf, daß wir in unſerem Bericht über Lohnbewegungen und Streiks bei der Lohnbewegung der ſtädtiſchen Arbeiter in Mannheim geſchrieben haben, bei derſelben wären weſentliche Lohnerböhrungen hatt Verbeſſerungen erreicht. Tatſache iſt, daß ſelbſt Verbeſſerungen erreicht wurden, die, wenn auch nicht direkt, ſo doch indirekt, einer Lohnerböhrung gleichkommen. Bei einer Gerichtsverhandlung in Ludwigshafen wollte man auch dieſe Angelegenheit benützen, um zu beweifen, daß Kollege Trammel wiſſentlich die Unwahrheit geſagt habe. Vor Gericht wurde aber richtiggeſtellt, daß der Bezirksleiter Kollege Frankenberg an die Zentrale berichtete, daß bei der Bewegung der ſtädtiſchen Arbeiter in Mannheim weſentliche Erfolge errungen wurden, und da man in der Zentrale wußte, daß in Mannheim eine Lohnbewegung war, nahm man an, es ſei eine Lohnerböhrung erreicht worden.“

Deutlicher hätte die „Gewerkschaftsſtimme“ den Chriſtlichen Schwindel nicht beſtätigen können. Im erſten Satz will man die Sache gewiſſermaßen als Schreib- oder Druckfehler hinstellen und ſagt ausdrücklich, es hätte ſtatt Lohnerböhrungen „Verbeſſerungen“ heißen müſſen, und im letzten Satz erklärt man, man habe angenommen, daß eine Lohnerböhrung erreicht worden ſei.

Der wahre Sachverhalt iſt, daß unſer Verband durch den Arbeiterausſchuß eine Verbeſſerung der Arbeitsordnung verlangt hatte. In dieſem Arbeiterausſchuß ſaß nicht ein einziger „Chriſt“. Auch ſonit lagen bei den Verhandlungen des Arbeiterausſchusses und des Gauleiters Hedmann, als Vertreter unſeres Verbandes, mit dem Bürgermeiſter keine Anträge der „Chriſtlichen“ vor.

Trotzdem berichtet der ſchwarze Bezirksleiter des ſchwarzen Verbandes, der ſeinen Finger zugunſten der Arbeiter gerührt hat und anſcheinend heute noch weiß, was eigentlich erreicht wurde, keinem Vorſtand von Erfolgen ſeines Verbandes! Der ſamſige Vorſtand, der „annimmt“, es ſeien auch Lohnerböhrungen erreicht worden, ſchwafelt dann ſeinen ſchwarzen Schafen vor, es ſeien weſentliche Lohnerböhrungen erreicht worden, ohne ſich die Mühe zu nehmen, nachzufragen, was denn eigentlich erreicht wurde, von einem zahlenmäßigen Nachweis über die angeblichen Lohnerböhrungen ganz abgesehen.

Wenn in dem Artikel der „Gewerkschaftsſtimme“ dann weiter geſagt iſt, „wenn die Erfolge des Gemeindegewerksverbandes bei dieſer „Lohnbewegung“ ſo geringe ſeien, wie D. das hinstelle, ſo beweife das nur die Unmacht des roten Verbandes“, ſo iſt das wieder eines der plumphen Verdrehungskunſtstücke, in denen die „Chriſten“ Meiſter ſind.

Hedmann hat nie behauptet, daß die Erfolge geringe geſeien ſeien, ſondern nur, daß es ſich nicht um eine „Lohnbewegung“, ſondern um eine Verbeſſerung der Arbeitsordnung gehandelt hat, bei der allerdings ſehr gute Erfolge erzielt wurden, aber ohne die ſchwarzen Zentrumschriten. Es kann alſo auch von „geſchäftlichen Genossen“ keine Rede ſein, ſondern nur von „geſchäftlichen ſchwarzen Schafen“, d. h. wenn ſie wirklich ſo dumm ſind, auf den Chriſtlichen Lohnerböhrungſchwindel hereinzuſallen. Der freie Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat nicht nötig, ſeinen Mitgliedern nach dem Muſter der ſchwarzen Schwadronneure Erfolge vorzulügen, da wo keine ſind, ſondern er berichtet Tatſachen, von deren Richtigkeit ſich jedermann ſelbſt überzeugen kann.

Das Ende eines Verleumdungsfeldzuges.

Von beſonderer Gewiſſenhaftigkeit in der Behandlung der Gegner ſind ja bekanntlich die „Chriſten“ nicht geplagt. Aber weit über das übliche Maß an Gehäſſigkeit, Entſtellung und perſönlicher Berunglückung hinaus macht ſich der königl. bayeriſche Eiſenbahnſekretär und Gemeindebevollmächtigte M. Kärl in München bemerkbar, der ſich dort zum Organiiator der ſtädtiſchen Arbeiter aufwarf und dem ſelbſt ſein kollektive Bezirksleiter Weigler gelegentlich ein recht unruhliches Reuterzeugnis ausſtellte.

Wollte ſich ein ſozialdemokratiſch geſinnter königl. bayeriſcher Staatsbeamter in gleicher Weiſe den freien Gewerkschaften zur

Verfügung ſtellen und mit derart ſchönen Mitteln arbeiten, wie es bei eben dieſem Zentrumsman M. üblich, ſo würde er ſich wohl in kürzester Friſt die königl. bayeriſche Staatsbeamtenherrlichkeit von außen betrachten können. Indeffen iſt heute Kärl abgetan, und man hat es gar nicht mehr nötig, auf die ſchriftſtelleriſchen Expektorationen, Flugblätter und was ſonit unter gütiger Miſhilfe M.s in die Welt geſetzt wird, zu antworten. Die ſtädtiſchen Arbeiter Münchens wiſſen derartige Dinge mit einer guten Portion Humor aufzunehmen.

Mit welch erbärmlichen Mitteln aber biſlang auf Seite der Chriſtlichen Gegner gearbeitet wird, ſei in Nachfolgendem dargeſtan.

Vom Februar 1910 bis Juni 1910 erſchienen mehrere Artikel in den Münchener Zentrumsblättern, ſowie unzählige Flugblätter der Chriſtlich organiierten ſtädtiſchen Arbeiter mit der Behauptung, der ſozialdemokratiſche Magiſtratsrat Eduard Schmid habe ſich im Rathhaus geäußert: „Die Wünſche der Arbeiter gingen ſchon ins Ungemeſſene und müßten eingedämmt werden.“ Daß dieſer Jaden auch in mehreren Verſammlungen weitergeſponnen wurde, trotz entſprechender Klarſtellung der Sache durch die ſozialdemokratiſche Preſſe, verſteht ſich am Rande. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 23, Spalte 563, Jahrgang 1910.) Und im edlen Wahrheitsdrange orakelte Othwalds „Gewerkschaftsſtimme“, daß ſelbſt die Arbeitgeber bei der Ausſperrung im Baugewerbe auf die Worte des ſozialdemokratiſchen Magiſtratsrates Schmid verweiſen, wonach eben die ins Ungemeſſene gehenden Wünſche der Arbeiter eingedämmt werden müßten.

Den ob dieſer Angelegenheit von den „Chriſten“ unter dem Münchener ſtädtiſchen Arbeitern angerichteten Spektakel, die Niedrigkeit der maſſenhaft verbreiteten Flugblätter kann ſich nur der vorſtellen, der überhaupt gezwungen iſt, ſich mit dieſer Sorte von Arbeitervertretern herumzubalgen. In der Folge verklagte Magiſtratsrat E. Schmid die Redakteure der Münchener Zentrumsblätter, die bei der Verhandlung am 20. Oktober 1910 zu je 75 Mk. Geldbuße verurteilt wurden.

Dabei entpuppte ſich der vorhin benannte Kärl als der Schreiber der Artikel. Das hatte man zwar vorher auch ſchon gewußt; nunmehr aber konnte auch gegen ihn Verleumdungsſtoge geſtellt werden. Obwohl dieſe Verhandlung völlige Klarheit über die Fäliſchung der Rede Schmid's gebracht hatte, legten die beiden beſtraften Redakteure dennoch Berufung ein, die am 6. Februar 1911 am Landgericht München zum Austrag kam. Da man mit der Chriſtlichenweife gegen den Magiſtratsrat E. Schmid gerichteten Verleumdungstaktik in der Hauptſache unſere Organiiation in Südbayern treffen wollte, nachdem Tausende von Flugblättern verbreitet wurden, iſt es am Platze, hier kurz das Ergebnis dieſer Verhandlung folgen zu laſſen, das in der „Münch. Poſt“ in allen Einzelheiten aufgedeckt worden iſt.

Nach umfangreicher Beweisaufnahme mußten die Angeklagten ſich zu folgendem Vergleich bequemen:

„Die Angeklagten (Othhuber von der Tann und Kärl) anerkennen hiermit ausdrücklich, daß dem Privatkläger Eduard Schmid aus ſeiner Haltung bei Beratung der Neuregelung der Dienſt-, Gehalts- und Penſionsverhältniſſe des Beamten-, Lehr- und Gemeindegewerkschaftspersonals der Stadt München nicht der mindeſte Vorwurf zu machen iſt. Sie anerkennen ferner, daß Magiſtratsrat Schmid die Intereſſen inbeſondere auch der Arbeiter wärmſtens vertreten hat und daß der Vorwurf, freies Spiel mit der Arbeiterschaft getrieben zu haben, jeder tatſächlichen Grundlage entbehrt. Die Angeklagten nehmen daher die unter Anklage geſtellten Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns hiermit zurück. Die Angeklagten übernehmen ſämtliche Koſten und Auslagen erſter und zweiter Inſtanz. Der Vergleich wird im „Bayeriſchen Kurier“, im „Neuen Münchener Tagblatt“, in der „Münchener Poſt“, in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und in der „Gewerkschaftsſtimme“ auf Koſten der Angeklagten publiziert.“

Hätten es die angeklagten Redakteure — inbeſondere der Zentrums-Gemeindebevollmächtigte Kärl — auf eine Verurteilung ankommen laſſen, ſo hätte man wenigſtens noch annehmen können, daß ſie die Sache wirklich falſch verſtanden hatten. Nachdem ſie aber ſelbſt die Unhaltbarkeit ihrer Anſchuldigungen zugeſtehen, iſt der ganze Vorgang um ſo bezeichnender für die Skrupelloſigkeit der „Chriſtlichen“ Gegner.

Aber auch dieſer Reinalfall wird die Gewerkschaften nicht von den gewohnten Kläden abbringen; auch hier iſt es namentlich Kärl, der ſich die laſtſtaſten Entſtellungen und Unwahrheiten leiſtet. Indeffen, ſeine Abſicht, den der Abzehrung verfallenen Chriſtlichen Organiiationskörper auf dieſem Wege neu zu beleben und die „ſozialdemokratiſche“ Organiiation der ſtädtiſchen Arbeiter zu ſchwächen, wird ihm nie und nimmer gelingen. Er iſt abgetan!

Und die Kollegen und Kolleginnen von Ründen und Umgebung können aus dem Vorgang wieder so recht Betrachtungen über die „Wahrhaftigkeit“ der christlichen Lugblätter anstellen, wie sie namentlich hinsichtlich der Versorgungsbestimmungen erst kürzlich wieder verbreitet wurden. An ihren eigenen Lügen müssen solche Gegner zusehen werden!

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1909.

II.

Die Fabrikstatistik. Die deutsche Fabrikstatistik umfaßt nur die der Fabrik- und Gewerbe- sowie Bergaufsicht unterstellten Fabrikbetriebe in Industrie und Bergbau, also diejenigen Betriebe, auf welche die §§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung Anwendung finden. Vom 1. Januar 1910 sind dies alle gewerblichen Betriebe mit mindestens 10 beschäftigten Personen. Auf das Berichtsjahr 1909 traf diese gesetzliche Definition noch nicht zu; da war der Fabrikbegriff noch der alte schwankende. Auch das Baugewerbe ist zurzeit der Bergaufsicht noch nicht unterstellt; nur die Bauhöfe, Zimmerplätze usw. waren in die Fabrikregister aufgenommen, nicht aber die Bauten.

Die Zahl der Fabriken und gleichgestellten Betriebe im Berichtsjahre 1909 betrug 267 554 (1908: 259 617), die der Fabriken usw. mit Arbeiterinnen 88 889 (1908: 86 381) und die der Fabriken usw. mit Jugendlichen 95 304 (91 888). Die Zunahme der Fabriken überhaupt war 7937 = 3,0 Proz., die der Arbeiterinnenbetriebe 1507 = 1,7 Proz., die der Betriebe mit Jugendlichen 3418 = 3,7 Proz. Die Gesamtzahl der Arbeiter betrug 6 209 225 gegen 6 122 416 im Vorjahre. Das Mehr von 86 809 entspricht einer Zunahme von 1,4 Proz. Der Rückgang des Jahres 1908 ist also bereits wieder übermunden. An der Zunahme sind die verschiedenen Kategorien der Arbeiterschaft aber recht unterschiedlich beteiligt. Während die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter von 4 520 066 auf 4 560 899 oder um 0,9 Proz. stieg, hob sich die Zahl der Arbeiterinnen von 1 150 033 auf 1 190 241 oder um 3,5 Proz. und die der Jugendlichen von 452 317 auf 458 085 oder um 1,2 Proz. Von letzteren waren 446 540 (1908: 440 255) Jugendliche von 14 bis 16 Jahren (+ 1,4 Proz.) und 11 545 (12 082) Kinder unter 14 Jahren (- 4,2 Proz.). Die stärkste Zunahme entfällt also auf die erwachsenen Arbeiterinnen, am wenigsten begehrt waren kindliche Arbeitskräfte. Von letzteren entfällt ein Drittel (3630) auf die Textilindustrie und je ein Achtel auf die Industrie der Steine und Erden, Metallwarenverarbeitung, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie. Da schulpflichtige Kinder in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen, so handelt es sich in der Regel um Kinder, die vor vollendetem 14. Lebensjahre die Schule verlassen haben. Daß trotzdem noch häufig schulpflichtige Kinder geschwindig in Fabriken beschäftigt werden, lehrt die Statistik der Jugendschulvergehen.

Die höchsten Arbeiterziffern kommen auf den Bergbau, die Textilindustrie, Maschinenindustrie, Nahrungsmittelindustrie und Industrie der Steine und Erden. Eine Abnahme der Betriebsziffern tritt im Bergbau und in der Industrie der Steine und Erden, eine Abnahme der Arbeiterziffern nur in den Industrien der Steine und Erden sowie der Maschinen und Instrumente und dem Haugewerbe hervor.

Die Fabrikstatistik gibt den Gewerkschaftskreisen schätzenswerte Anhaltspunkte für die Beurteilung der industriellen Entwicklung und der Veränderungen innerhalb der einzelnen Industriegruppen.

Die revidierten Betriebe. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben im Berichtsjahre 250 856 Revisionen (10 584 mehr als 1908) vorgenommen, die sich auf 187 067 (1908: 157 426) Betriebe verteilen. Dabei wurden 138 654 Betriebe nur einmal, 19 460 zweimal und 8983 mehrmals besucht. 2890 Revisionen (1,2 Proz.) wurden in der Nacht, 5376 (2,1 Proz.) an Sonn- und Festtagen vorgenommen. Der Anteil der Nacht- und Sonntagsrevisionen ist gegen das Vorjahr zurückgegangen. Von den Revisionen entfielen 44 903 (1908: 45 359) auf die Bergbehörden, welche 2956 (3000) Betriebe besuchten.

Die Zahl der Unfalluntersuchungen, an denen Gewerbeaufsichtsbeamte teilnahmen, stieg von 28 115 im 1908 auf 29 610 im Berichtsjahre.

Der sanitäre Arbeiterschutz. Neben den Fabriken, Bergwerken und gleichgestellten Anlagen sind in einer Reihe von Berufszweigen, für welche besondere sanitäre Bundesratsvorschriften erlassen sind, auch die kleineren Gewerbebetriebe der Gewerbeaufsicht unterstellt. Es handelt sich um insgesamt 142 118 Gewerbebetriebe (1908: 139 511) in 10 Gewerben, von denen 29 183 = 20,5 Proz. (1908: 27 520 = 19,7 Proz.) revidiert wurden. Die Gesamtzahl dieser Revisionen betrug 33 914 (1908: 31 430). Trotz dieser Steigerung der Revisionsziffer kann dieses Ergebnis wenig befriedigen, da es sich um besonders gesundheitsschädliche Betriebsarten und um Kleinbetriebe handelt, in denen erfahrungsgemäß die Anforderungen des Arbeiterschutzes am meisten zu wünschen übrig lassen.

Die Arbeiterschaft kann gerade auf dem Gebiete des sanitären Arbeiterschutzes die Gewerbeaufsicht wirksam ergänzen, wie uns das freiwillige Wirken der Arbeiterschuttkontrollorgane im Bau-

gewerbe und im Handelsgewerbe zeigt. Es ist kein Zweifel, daß die freiwillige Kontrolle der Gewerkschaften hier ganz Besondere leisten kann.

Jugendschulvergehen. Die Statistik der Jugendschulvergehen erstreckt sich nur auf die Vergehen gegen die Kinder- und Jugendschulbestimmungen der Gewerbeordnung und der auf deren Grund erlassenen Bundesratsvorschriften, nicht aber auf diejenigen im Rahmen des Kinderschutzes. Die Zahl der Beamten reicht nicht aus, um auch die nichtfabrikmäßigen Stätten der Kinderbeschäftigung zu kontrollieren. Aber selbst die Fabriken, in denen Kinder und Jugendliche beschäftigt sind, wurden nicht einmal ausreichend revidiert, denn während von den Fabrikrevisionen 84,6 Prozent der Arbeiter berührt wurden, betrafen diese Revisionen nur 80,5 Proz. der Jugendlichen und 78,0 Proz. der Kinder. Je schuldiger also eine Arbeiterkategorie ist, desto mehr scheint die Ueberwachungsbehörde der Gewerbeinspektion nachzulassen. Demgegenüber muß mit Nachdruck die Forderung vertreten werden, daß alle Betriebe mit geschützten Kräften, also Jugendlichen und Arbeiterinnen, mindestens einmal alljährlich revidiert werden müssen.

Die Gesamtzahl aller Vergehen betrug im Berichtsjahre 18 786 (1908: 20 814), davon kommen 14 502 (16 448) auf formale Verstöße gegen die Vorschriften betr. Anzeigen, Ausschänge, Arbeits- und Lohnzahlungsbücher und 4384 (4366) auf die schwereren Vergehen gegen Beschäftigungsverbote, Arbeitsdauer- und Pausen- und Bundesratsvorschriften. Die Zahl der verbotswidrig beschäftigten Personen wird mit 11 106 (1908: 11 273) angegeben. Läßt sich auch aus diesen Ziffern ein erfreulicher Rückgang feststellen, so weisen doch die Vergehen gegen die Beschäftigungsdauer der Jugendlichen, gegen die Pausenvorschriften, gegen die Sonntagsruhe und gegen besondere Bundesratsvorschriften, also gerade die schwereren Vergehen, eine Zunahme der Fälle und Personen auf, die nicht für eine bessere Durchführung des Jugendschutzes zu sprechen scheint.

Arbeiterinnenschulvergehen. Kaum besser als der Kinder- und Jugendschul ist der Arbeiterinnenschul kontrolliert worden, denn von den Revisionen der Gewerbeaufsicht wurden nur 80,0 Proz. der Arbeiterinnen gegenüber 84,6 Proz. der Gesamtarbeiterschaft berührt. Auch hier ist der schuldigeren Teil der Arbeiterschaft zurückgesetzt worden. Arbeiterinnenschulvergehen wurden in 6892 Betrieben — das sind 4,1 Proz. aller Fabriken, in denen Arbeiterinnen beschäftigt werden — ermittelt (1908 in 7296 Betrieben = 4,6 Proz.). Der Anteil der Vergehen hat sich also um ein Weniges verringert. Die Gesamtzahl der Vergehen betrug 8465 (1908: 9235), davon 4046 (5940) formale Verstöße gegen Vorschriften betr. Anzeigen und Ausschänge und 3519 (3286) schwere Vergehen gegen Vorschriften über Beschäftigungsdauer, Pausen, Nachtarbeit, Beschäftigungsverbote und Bundesratsvorschriften. Auch hier hat also die Zahl der leichten Verstöße ab-, die der schweren Vergehen dagegen zugenommen. Soweit die schweren Fälle in Betracht kommen, waren 13 464 (1908: 12 922) Personen verbotswidrig beschäftigt worden. Der Löwenanteil dieser Vergehen entfällt auf die Bekleidungsindustrie, in denen 2493 oder mehr als die Hälfte aller leichteren Verstöße und 2171 = 61,7 Proz. aller schweren Vergehen vorliefen.

Vergehen und Bestrafungen. Die Durchführung des Arbeiterschutzes hängt nicht einzig von der Gewerbeinspektion ab, zumal den Aufsichtsbeamten durch die Dienstverpflichtung jede Exekutivgewalt genommen ist und sie hierin verpflichtet sind, alle ermittelten Verstöße behufs weiterer Verfolgung den Polizeibehörden anzuzeigen. Bei diesen liegt es heute im wesentlichen, ob sie den Forderungen des Gesetzes Nachdruck verschaffen und das Unternehmertum zur Gesetzesrespektierung erziehen wollen oder nicht. Leider versagt hier die Kraft der staatlichen Autorität, die gegenüber der Arbeiterbewegung mit überstüssiger Schärfe hervorgekehrt wird, wie das Verhalten der Polizei beim Streik von Kupfer u. Co. in Roabit bewies, gegenüber den Arbeitgebern fast völlig, wie uns die Statistik der Bestrafungen Jahr für Jahr lehrt.

Es wurden im Berichtsjahre 18 757 Jugendschulvergehen in 13 701 Betrieben (das sind 8,2 Proz. der Gesamtzahl der Betriebe mit Jugendlichen) ermittelt — aber nur 1497 Personen wurden hierfür bestraft. Auf je 100 Anlagen, in denen solche Vergehen ermittelt wurden, kamen 10,9 Bestrafte, während 89,1 Proz. aller Gesetzesübertreter straffrei ausgingen.

Staum besser sieht es mit der Durchführung des Arbeiterinnenschutzes. 8465 Vergehen dieser Art wurden in 6892 Betrieben (4,1 Proz. aller Arbeiterinnenbetriebe) entdeckt, aber nur 862 Personen (12,5 Proz. der ermittelten Anlagen) bestraft. 87,5 Proz. gingen hier straffrei aus!

Auch über das Verhalten der Gerichte in Arbeiterschulangelegenheiten wäre an dieser Stelle manches Wort zu sagen. Mit es doch aus Erfahrung bekannt, daß die Gerichte für Vergehen, die die Gewerbeordnung mit Geldstrafe bis 2000 Mk. oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bedroht, lächerlich geringe Geldstrafen von 1, 2, 5 bis 20 Mk. verhängen, so daß die Strafe in keinem Verhältnis zu dem ungesetzlich erpressten Mehrwert, um den sich die erwischten Unternehmer bereichert hatten, stand.

(Schluß folgt.)

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Vom Reichstag.

Die eben abgelaufene Reichstagswoche gehörte in allen ihren sechs Tagen unseren Juristen. Diese sind wohl bei jeder Debatte an erster Stelle beteiligt; in dieser Woche aber beherrschten sie geradezu die Sitzung. Diejenigen Abgeordneten, die als Nichtjuristen zu Worte kamen, sind an den zehn Fingern heranzuzählen. Das macht einmal, daß heutzutage im öffentlichen Leben der Jurist dasselbe bedeutet, was der Theologe im Mittelalter war. Es besieht heute, mit Recht oder Unrecht, die Meinung in der Öffentlichkeit, daß der juristische Beruf und die juristische Vorbildung im Grunde zu aller geistigen Arbeit am besten befähige. Sicher ist auch etwas Wahres daran: denn nirgends, weder im Staat noch in der Kirche, an den Börsen und in den Banken, beim Militär und bei den Industrieverbänden scheint es ohne juristische Weiräte recht zu gehen. Erst recht ist der Reichstag davon nicht ausgeschlossen. So kommt es, daß auch in ihm die Juristen zwar nicht die erste Geige allein, aber sicher eine der paar vorhandenen ersten Geigen spielen.

Daß es gerade in dieser Woche so ausschließlich geschah, war nun freilich nicht verwunderlich. Denn es stand eine ausschließlich juristische Angelegenheit, der Entwurf eines Gesetzes zu einer neuen Gerichtsordnung in zweiter Lesung zur Debatte.

Der beratene Gesetzentwurf hat eine überaus lange Vorgeschichte, die für den, der das innere Getriebe im Reichstag allmählich etwas besser verstehen will, von nicht geringem Interesse ist. Buchstäblich seit 17 Jahren wird an ihm gearbeitet; und noch ist nicht im geringsten abzusehen, wann er einmal erledigt werden wird. In diesem Reichstag sicher nicht.

Man fragt, wie das möglich sei? Das ist sehr einfach. Reichstag einerseits, Regierung andererseits können schlechterdings in wichtigen Punkten dieses Gebietes nicht einig werden; und da es sich außerdem um ein recht weitläufiges Gebiet handelt, so wird man eben nie fertig damit. Immer wieder muß die Debatte darüber abgebrochen werden, weil wichtigere Aufgaben zu erledigen sind; und wenn sie dann nach Monaten wieder einmal daran kommt, wiederholt sich dasselbe Spiel, bis schließlich, aller 2 bis 3 Jahre, die Session (Sitzungsabschnitt) des Reichstags geschlossen werden muß. Tritt das ein, so fallen alle unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe rettungslos unter den Tisch des Hauses. Die Regierung muß dann, wenn die nächste Tagung desselben oder eines ganz neuen Reichstags beginnt, und wenn sie inzwischen nicht ganz hoffnungslos in der Sache geworden ist, einen ganz neuen, verbesserten Gesetzentwurf derselben Materie einbringen; dieser muß wieder zunächst in einer neuen ersten Lesung im Plenum des Reichstags einer allgemeinen Diskussion unterzogen werden;

dann kommt er abermals in eine Kommission, in der er wieder zwei Beratungen (Lesungen) durchmacht; und erst dann kehrt er zur zweiten und — wenn es so weit kommt — dritten Lesung ins Plenum zurück; das alles immer wieder mit den unvermeidlichen großen oder kleineren Unterbrechungen durch dringendere Angelegenheiten, von denen wir schon oben sprachen.

In einer solchen Situation befindet sich die Angelegenheit jetzt wieder. Wieder hat eine zweite Lesung begonnen und eine ganze Woche gedauert. Aber nur ein kleiner Teil des ganzen Entwurfs ist in dieser Woche beraten; der größte Teil blieb unberührt. Am nächsten Montag, den 13. Februar, aber beginnt die zweite Lesung des Etats (Haushaltsplans) für 1911/12, wozu es höchste Zeit ist. Denn dieser Etat muß am 1. April, wo stets das neue Rechnungsjahr anfängt, beschlossen und angenommen sein. Nach dem 1. April aber harren wieder andere Gesetze der weiteren Bearbeitung (elsaß-lothringisches Verfassungs-gesetz, Gesetz über die Schiffsabgaben, Seimarbeitsgesetz, schließlich die große neue Reichsversicherungsordnung); also wird sich bis Ende Juni kaum noch einmal eine Woche Raum für die Weiterberatung gerade dieses Entwurfs finden. Im Sommer aber geht vermutlich der jetzige Reichstag für immer auseinander, denn im Herbst haben wir endlich Neuwahlen und Generalabrechnung mit dem schwarzblauen Blod. So steht also schon heute fest, daß auch von diesem Reichstag dies neue Gerichtsverfassungsgesetz nicht zu Ende und zum Abschluß gebracht wird. Und neuer jahrelanger Arbeit wird es später bedürfen, ehe die Aussicht besteht, daß es endlich fertig wird.

Natürlich wäre es längst fertig, wenn der Reichstag der Regierung, oder umgekehrt die Regierung dem Reichstag zu Willen wäre. Das aber ist nicht der Fall, und darin liegt die letzte Ursache von dem ewigen Hinausschieben der Angelegenheit.

Unser jetziges Gerichtsverfahren ist in zwei große Gebiete geschieden: in das für privatrechtliche und in das für strafrechtliche Angelegenheiten. In jenes wird eingetreten durch Klage von Privatpersonen, in dieses durch ein Anklageverfahren seitens des Staates, das heißt in diesem Falle der Staatsanwaltschaft. Für ersteres liegen also stets private Interessen vor, die eben von dem einzelnen Staatsbürger durch Klageerhebung gegen einen anderen wahrgenommen werden; für letzteres dagegen kommen nur tatsächliche oder vermeintliche Allgemeininteressen in Betracht; darum tritt hier, auf Grund einer Anzeige, das Vorgehen des Staatsanwalts ein. Im Zivilstreitverfahren nun entscheidet in Bagatelldingen (Kleinigkeiten) der einzelne Amtsrichter, in wichtigeren Sachen das Landgericht durch ein Dreirichterkollegium. Für den, der sich mit dem ersten Bescheid des Amtsrichters nicht beruhigt, bildet dieses Dreirichterkollegium die Berufungsinstanz. Selber hat es als übergeordnetes Berufungskollegium ein solches beim Oberlandesgericht. Im Strafverfahren dagegen entscheidet in einfachsten Fällen das Schöffengericht (ein Richter und zwei Weisiger aus dem Volke), in wichtigeren die Strafkammer (drei Berufsjuristen) und in ernstesten Fällen das

Das proletarische Klassenbewußtsein im Spiegel der sozialen Dichtung.

Eine literaturgeschichtliche Studie von F. Lauffstetter.

II.

Der Klassengegensatz in materieller Beziehung, der zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise in schrecklicher Radikalität zutage trat, mußte natürlich in der Brust des zum Klassenbewußtsein erwachenden Proletariats ein brennendes Feuer entzünden. Und schon begann die soziale Dichtung sich mit diesem klassenbewußten Zwiespalt zu beschäftigen. Gleich in den ersten Jahren der französischen Revolution klingen diese Töne an. In einem Schauspiel „Die arme Familie“, das damals zahlreiche Aufführungen erlebte, wurde der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen in rücksichtslosster Weise erörtert. Unter dem brausenden Weisfall der Zuhörer deklamierte der Schauspieler: „Sterbend vor Hunger, zerlumpt und halbnaakt, entehrt und geschunden — das bist du, mein Volk, während der unverfälschte Reiche, den deine Güte geschenkt hat, dich frech verhöhnt und sich selbst einen guten Tag gemacht.“ Und er warf die Frage auf: „Kann man ohne Ingrimm einen Armen ansehen, da doch so viele Menschen im Reichtum erliegen?“ Das war es ja, was die Empörung weckte und die Gemüter aufpeitschte, daß eine geringe Oberschicht in allen Vollzügen des Lebens schwelgte, während die große Masse des Volkes buchstäblich dem Hungertode nahe war. Und von dieser Zeit an werden die Dichter und Dichterschenfreunde nicht müde, das Thema von den zwei Nationen in einem Volke immer wieder zu behandeln. Sei es, daß sie das Bild gebrauchen von den Günstlingen des Glücks, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln, während die Stiefkinder des Schicksals in den Niederungen des Elends dahintrotten, sei es, daß sie wie Goethe dichten: „Es gibt zwei Sorten Ratten, die hungrigen und die fatten!“ sei es, daß sie die Menschen einteilen

in solche, die mit Sporen zur Welt kommen, und solche, die mit Säugeln geboren werden, — immer und immer dreht es sich um den Gegensatz zwischen vererbetem Reichum und abgründiger Armut. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die die faulen Drohnen mäht und die fleißigen Arbeitstienen darben läßt, prekte dem Dichter die Frage ab:

„Warum klopft sich blutend, elend, während glücklich, als ein Sieger
Unter Kreuz und Schwert, Tragt auf hohem Ross der Schlichte?“

Aber er wußte keine Antwort, ob der Herrgott oder der Teufel dabei seine Hand im Spiele habe, und mit bitterem Hohne wies er darauf hin, daß der Tod zuletzt mit einer Handvoll Erde den ungeduldigen Fragenden die Mäuler stopft. Und doch ließ ihm die Ungerechtigkeit seine Ruhe mehr und mit grimmiger Satire schildert er den Lauf der Welt:

„Hat man viel, so wird man bald Wenn du aber gar nichts hast,
Noch viel mehr dazu bekommen, Ich, so laß dich begraben,
Wer nur wenig hat, dem wird Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Auch das wenige genommen. Gaben nur, die etwas haben.“

Hier sehen wir die kapitalistische Gerechtigkeit in Reinkultur, und hier verstehen wir auch den bitteren Groll des sozial empfindenden Menschen über das schreiende Unrecht, das den Arbeitern angetan wird.

Aus den sozialen Gedichten jener Zeit des erwachenden Klassenbewußtseins schallt und der uralte Wehruf entgegen, der durch die Jahrtausende hallt, wie der Schrei eines gequälten Tieres, der Ruf, daß die Reichen sich mästen vom Blut und Schweiß der Armen, daß die Massenarmut die Grabgrube der Reichen ist. Im Jahre 1846 erschien ein Band Gedichte „Die Nieder vom armen Manne“, dessen Verfasser, Karl Vogt, in einem flammenden Vorworte an das Haus Rothschild die Reichen aufforderte, ihren Reichtum unter die Armen zu verteilen und dadurch das Elend einzudämmen. Er ruft den Besitzenden zu:

so genannte Schwurgericht (zwei Berufsrichter und drei Laien). Ueber allen zwei wie staatsrechtlichen Gerichtsstellen steht als letzte und unanfechtbare Behörde das Reichsgericht in Leipzig.

Bei dem neuen Gerichtsordnungsgesetzwurf handelt es sich nunmehr um zum Teil sehr einschneidende Änderungen. Und über die wird man sich eben zwischen Reichstag und Regierung nicht einig. Der ungewisselhaft interessanteste Punkt, um den in der vergangenen Woche am längsten und heftigsten gestritten wurde, war der der Ausdehnung des Laienrichtertums. Es sollen — so will es der Reichstag — in möglichst allen Gerichten und Gerichtshöfen, außer beim Reichsgericht, Volksrichter mitwirken. Insbesondere soll die oben genannte Strafkammer solche eingefügt erhalten. Dagegen sträubte sich aber die Regierung mit Händen und Füßen. Sie führte die allerunmöglichsten Gründe dagegen an, die aus dem Hause heraus widerlegt wurden. Schließlich operierten die Herren vom Regierungstische gar mit der Behauptung, es seien nicht geeignete Kräfte genug für dies erweiterte Amt im Volke vorhanden. Dagegen wies die Sozialdemokratie auf das Heer der Lehrer, Arbeiter und Frauen hin. Schließlich drang die Linke des Reichstags durch: in namentlicher Abstimmung wurde die Ausdehnung des Volksrichtertums mit einer verhältnismäßig großen Mehrheit beschlossen. Diesem Beschluß fehlte die Regierung ihr „Annehmbar“ entgegen, und damit ist die Zukunft dieses Gesetzwurfes wieder auf einige Jahre entschieden: es wird werden, wie wir es vorherin geschildert, und noch Jahr und Tag wird die Gerichtsordnung unerledigt bleiben.

Berlin, 11. Februar 1911.

H. Böhr.

Notizen für Gasarbeiter

Maßregelung in Vörrach. Von einer an das 16. Jahrhundert grenzenden Engstirnigkeit und Spießbürgerlichkeit hat sich der Stadtrat von Vörrach mit seinen freisinnigen und liberalen Ortsgrößen gezeigt. Vor zwei Jahren wurde nämlich in Vörrach eine Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gegründet, welche die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gas- und Stadtbauamtsarbeiter betrieb. Von der Gründung an aber war die Filiale dem Gasdirektor ein Dorn im Auge, denn bei jeder Gelegenheit suchte er dem Verband die Mitglieder abtrennen zu machen. Da die Leute, namentlich der Filialvorsitzende, auf ihrer Hut waren, so gelang dies nur zum kleinsten Teil, und diejenigen, die sich abtrennen lassen wollten, waren Elemente, auf die der Verband gern verzichtete. Darob natürlich großer Jörn bei Herrn Gasdirektor Böttger, der nicht begreifen konnte, daß in seinem Königreich nicht sein Wille oberstes Gesetz auch in Koalitionsrechtsfragen sein sollte. Bemerkten möchten wir noch,

daß Herr Böttger allerdings vom Vörracher Stadtrat nach der Richtung hin stark verhöhnt ist, indem derselbe bisher die Böttger'schen Projekte und Anordnungen stets „geschluckt“ hat. Schließlich aber sind die Arbeiter keine Stadträte, und was einzelne derselben, möglicherweise unter dem Eindruck der „Perde“, für sehr gut finden, müssen die Arbeiter nicht bedingungslos nachmachen, namentlich dann nicht, wenn es sich um die Beschneidung des Koalitionsrechts handelt. Der Herr Gasdirektor behandelte also die Arbeiter in einer Weise, an der sich kein preußischer Landrat zu schämen hätte, so daß die Organisation sich genötigt sah, Beschwerde beim Stadtrat zu erheben. Der Stadtrat behandelte die Sache auch, aber trotzdem aufgestanden werden mußte (was bei einem Vörracher Stadtrat schon viel heißt), daß die Beschwerden wenigstens teilweise berechtigt seien, scheint es der Respekt vor dem aus Hessens Gefilden eingewanderten Herrn Gasdirektor bei unseren Stadträten, die jedenfalls noch nicht so weit gereift sind, so groß, daß es nicht zu einer offenen Mißbilligung dieser unrichtigen Arbeiterbehandlung kam, sondern es scheint, als ob nur unter der Hand Herrn Böttger einige mißbilligende Andeutungen gemacht wurden. Seitdem natürlich war derselbe dem Filialvorsitzenden des Gemeindearbeiterverbandes erst recht auf den Fersen. Das „Glück“ war ihm auch hold, denn am 15. Januar, morgens 4 Uhr, revidierte er unvorherbar, in Hauschuhen, den Betrieb, wobei er denselben mit seinem Nebenarbeiter schlafend antraf. Die Leute hatten von Sonntag abend 6 Uhr bis morgens gegen 4 Uhr bereits ununterbrochen die schwere Schichtarbeit verrichtet; dann hatten sie Bitterbrot eingenommen und hatten sich dann ein paar Minuten auf's Ohr gelegt, wie das bald überall in jedem Gaswerk während der Pause vorkommt. Dabei hatte sie der Direktor überrascht. Schleunige Meldung ans Bürgermeistertum natürlich, mit dessen Einverständnis die Entlassung beschlossen wurde. Zuvor sollte allerdings der Stadtrat sein Votum dazu abgeben, aber schon vor der Stadtratssitzung war im Gaswerk publik, daß die Entlassung erfolgen werde, auch ein Beweis für die Verächtlichkeit, welcher sich die Stadträtlichen Willensäußerungen im Gaswerk erfreuen. Der andere Mitarbeiter, der mitbetroffen wurde, erhielt einen Beweis, fällt aber dafür die Treppe hinauf, indem er Vorarbeiter werden soll. Wir gönnen es dem Mann, denn sein Verschulden war ja nicht der Rede wert. Selbstverständlich ließ sich die Organisation eine solche glatte Maßregelung ihres Vorsitzenden nicht gefallen, sondern nachdem Rücksprachen beim Gasdirektor und Bürgermeister erfolglos geblieben waren, wurde die Bürgerschaft durch ein Flugblatt in mehreren tausend Exemplaren über die neueste Geldentate des Gasdirektors aufgeklärt. Gleichzeitig fand eine öffentliche Versammlung in den Lokalitäten der „Kranzwirtschaft“ statt, in welcher Gausleiter Würler aus Strahburg Reden und Laten des Herrn Gasdirektor in gebührender Weise würdigte. Der Kartellvorsitzende Kösch sowie die Genossen Bürgerausflugmitglied Wolf und Stadtrat Breitenfeld beurteilten ebenfalls entschieden das

Ihr Glücklichen könnt euch pfeifen Doch euch ist wohl, doch euch ist
und mühen, und wästen,
Wir späh'n für euch nach Kohlen Dies Duden ist unser unendlich Ver-
schulden,
Wir feiern und haben vor euren Toren darum, ja darum sind wir
Palästen, arm."

Aber die Geduld nimmt auch ein Ende, sagt der Dichter, und der Tag der Vergeltung wird andbrechen:

Dann wird kommen der blutige Tag, Wenn er selber den stehenden Elend
Taucht das Volk betrogen mag, führt,
Da funkelnden Blicks der verzweifelte Wenn er selber die großende Trom-
Häuser (gelaufen, mel rührt.
Im Sturm auch kommt entgegen-

Dieser Hinweis auf den kommenden Tag der gewaltsamen Revolution lehrt in allen sozialen Gedichten jener Tage wieder. Es soll Gericht gehalten werden über die Ausbeuter und Blutsauger und der Jörn des Volkes soll auslodern im heiligen Kampfe:

Wie der zudende Blitz die Nacht erhellt, Und bauen der Freiheit ewiges Haus.
So steigt und flammt jetzt der Krieg, Die rote Fahne wackelt
durch die Welt, Im Sommermonatschein,
Wir gehen aus des Glends Hütten Hurra, die Trommel schallt
hinaus Jetzt in die Schlacht hinein.

In seinem Gedichte „Am Birkenbaum“ greift Freiligrath das Motiv von der kommenden Entscheidungsschlacht zwischen Herren und Anedchten auf. Er legt dem alten Schäfer das Wort in den Mund, daß die heutige Welt in zwei Lager zerklüftet ist, daß ein Hüben und ein Drüben nur gilt und ein nahender Welttag den Streit zwischen beiden Parteien mit einem Schlage schlichten wird. Und in seinem Abschiedswort der „Neuen Rheinischen Zeitung“ verkündet er die Wiederkehr der proletarischen Revolution, die mit Schwert und Wort die Throne zerhacken wird:

Wenn die letzte Arone wie Glas zerbricht Wenn das Volk sein letztes „Schul-
In des Kampfes Wettern und dig“ spricht,
Flammen, Dann stehen wir wieder zusammen.

An der Hoffnung auf das Hereinbrechen einer Katastrophe halten noch heute Schichten des Proletariats fest und mit Ungebul erwarten sie den Tag, der den großen Kladderadatsch bringen soll. Der Hinweis auf diesen Tag des Jörnens läßt die Augen der Proletarier heller leuchten, und darum finden wir noch heute in den sozialen Gedichten diesen Hinweis immer wieder, ein Beispiel für die Langsamkeit, mit der sich das soziale Bewußtsein umwandelt. Es ist ja bekannt, daß alle sozialistischen Führer der neueren Zeit eine gewaltsame Revolution abgelehnt haben, daß sie vielmehr in der allmählichen Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsform den Weg zum Sozialismus erblickten. Die Katastrophentheorie ist über Bord geworfen und wenn wir heute von der Revolution sprechen, so verstehen wir darunter die Evolution. Dennoch aber hängt das Proletariat in seinen unentwidelten Schichten noch heute mit schwärmerischer Begeisterung an der Vorstellung von einer Revolution, die im Handumdrehen den Zukunftsstaat schaffen werde. Es gibt noch heute Leute, die da meinen, man könne als Bürger eines kapitalistischen Staates abends zu Bett gehen und am andern Morgen als Bürger eines sozialistischen Staates wieder aufstehen. Sie haben keine Ahnung davon, daß die Menschheit sich jeden Fußbreit Neuland erkämpfen muß und daß der Aufbau der neuen Gesellschaft ungleich schwieriger ist als der Umsturz der alten Gesellschaft; sie wissen auch nicht, daß es viel schwerer, aber auch nutzbringender ist, für den Sozialismus und seine Verwirklichung zu leben, als dafür zu sterben. Es gibt Leute, die da bereit sind, so beteuern sie wenigstens, ihr Leben in die Schanze zu schlagen, wenn der Signalruf der Revolution ertönt, aber wenn sie in der Organisation ihre Pflicht und Schuldigkeit tun sollen, so sind sie nicht zu Hause. Zum Glück für den Sozialismus bricht sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn unter den Arbeitern, daß die praktische Gegenwartarbeit im Hinblick auf die Zukunft die Vorbedingung einer sozialistischen Gesellschaft ist, nur bei feillichen Gelegenheiten begeistert man sich noch an den sozialen Gedichten, die die Revolution als die Zauberin feiern, die den Zukunftsstaat über Nacht hervorrufen werde.

Vorgehen des Gasdirektors und Stadtrats. Den Gemeindearbeitern wurde geraten, sich immer enger zu koalieren, damit sie, wenn alles nichts nützt, dem Gasdirektor einmal „die Dube zusperrten“ können. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Tiefbedauernd wäre es für die Verwaltung von Lörrach, wenn zur Erreichung einer anständigen Arbeiterbehandlung oder Sicherung des Koalitionsrechts zu solchen Mitteln gegriffen werden müßte. Freilich: die Herren Garnier, Bortisch usw. werden sich mit Löwenmut gegen die Vorwürfe wenden — gegen die Vorwürfe der Arbeiter natürlich, denn gegen die Landratsallüren des Gasdirektors aufzutreten, ist doch so eine Sache, namentlich in Lörrach, so ganz nahe an der freien Schweizergrenze. Die Bevölkerung Lörrachs aber wird eine solche Rücksichtnahme auf die Dauer jedenfalls nicht gutheißen, sondern dafür sorgen, daß mit dem Philister- und Scharfmachertum ausgeräumt wird.

Leipzig. Zu der Debatte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Dezember, worüber wir bereits in Nummer 52 der „Gewerkschaft“ berichteten, nahm eine Versammlung der Gasarbeiter am 21. Januar Stellung. Die damals gemachten Ausführungen des Herrn Büschel wurden hier ins rechte Licht gerückt. Besonders sieht fest, daß die ausnahmsweise hohe Krankheitsziffer der Gasarbeiter mit Notwendigkeit zu verschiedenen Einrichtungen führte, die jetzt den Arbeitern zum Vorwurf gemacht werden, was wohl am besten durch die nachstehenden Zahlen bewiesen wird.

Jahr	Beschäftigte Arbeiter	Krankheitsfälle	dabon Gasarbeiter	dabon Laternenswärtter
1899	—	317	237 mit 3673 Tag.	80 mit 1928 Tag.
1900	551	253	193 „ 2793 „	60 „ 819 „
1901	584	307	231 „ 3566 „	76 „ 1589 „
1902	627	290	237 „ 3784 „	53 „ 1306 „
1903	644	258	203 „ 3003 „	55 „ 1164 „
1904	678	380	327 „ 5891 „	53 „ 2059 „
1905	685	359	300 „ 5198 „	59 „ 1461 „
1906	rund 700	355	294 „ 4449 „	61 „ 1710 „

Comit entfällt auf 2 Gasarbeiter 1 Krankheitsfall, während bei den Gesamtmitgliedern der Ortskrankenkasse auf 2½ Mitglieder 1 Krankheitsfall kommt. In den zwei Anstalten kommen jährlich ungefähr 40 bis 50 Unfälle vor. Wenn uns über die letzten Jahre keine Statistik zur Verfügung steht, so kann aber ohne Übertreibung behauptet werden, daß die Verhältnisse fast die gleichen geblieben sind, was uns unsere eigene Krankenliste bestätigt. Wenn nach Büschel 80 Mk. auf den Beschäftigten kommen, so ist diese Berechnung sehr reichlich ausgefallen und wenn es nicht anders bewiesen wird, muß man unwillkürlich annehmen, daß alle Speisen in der Anstalt, auch die für die Beamten, mit hinein gerechnet sind. Denn nach unserer Rechnung kommen ganze 50,65 Mark auf den Mann und Jahr. Die gemachten Angaben zugrunde gelegt, kommen auf den Mann und Jahr: für Ortskrankenkassenbeiträge 3,67 Mk., für einen blauen Pilotanzug 7 Mk., für ein Wäschebündel 2 Mk., für Kaffee 5,65 Mk., für Seife 2,33 Mk. Insgesamt 50,65 Mk. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß unter einjähriger Beschäftigung keine Kleidung verabsolgt wird. Die anderen Leistungen sind keine feste Zuwendungen und werden nur im Bedarfsfalle gewährt, weshalb sie hier außer Ansatz bleiben müssen. Die ganzen „großen“ Leistungen sind also pro Woche und Mann 1 Mk. bis 1,20 Mk. In der Lohnübersicht an die Stadtverordneten steht in der Klasse der Hofarbeiter usw. zu lesen: Anfangslohn 3,80 Mk. In Wirklichkeit werden aber nach wie vor 3,70 Mk. gezahlt und 3,80 Mk. steht nur auf dem Papier. Die Lohnzulage im Juli 1910 ist weiter nichts als ein Vorstoß auf die nächste Aufrückung in eine höhere Klasse, die den Arbeitern auf Grund ihrer Dienstjahre zusteht. Die Versammlung nahm sodann eine Resolution an, die energisch gegen die Auslassungen Büschels protestierte.

Die Stückvergabe der Gemeindegaswerke in Rheinland-Westfalen und die Gasversorgung durch die Kohlenbarone zieht immer größere Kreise. So entnehmen wir der „Nöln. Volksztg.“ wieder folgendes: Die Firma Thyssen u. Co. zu Mülheim (Ruhr) hat eine Gasfernleitung gebaut von Mülheim nach Darmen, welche seit einigen Wochen im Betrieb ist und durch die Gemeinden Peilighaus, Velsert und Neviges führt. Diese haben mit der Firma einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem sie berechtigt sind, das Gas pro Kubikmeter zu 4½ Pf. zu beziehen, wobei noch Vergünstigungen für den eigenen Bedarf vorbehalten sind. Wenn sich die Gemeinden verpflichten, auf 25 Jahre den ganzen Gasbedarf aus der Fernleitung zu nehmen, so stellt sich der Preis für das Kubikmeter auf 3½ Pf. In Velsert und Neviges werden die Gaswerke stillgelegt werden, sobald der Bezug beginnt. Peilighaus bietet die Leitung besonders große Vorteile, da dort keine Gasanstalt ist.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Der Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung ist am 28. Januar 1911 dem Reichstage zugegangen. Nach ihm sollen die zur Durchführung der neuen Bestimmungen erforderlichen Vorschriften sofort in Kraft treten, der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Hinterbliebenenversicherung soll gesetzlich festgelegt werden. Aus den einzelnen Bestimmungen seien folgende hervorgehoben: Art. 11 bestimmt, daß solche Beamte von Versicherungsträgern, die durch die Neuorganisation dauernd entbehrlich werden, soweit sie geeignet sind, in den Staats- oder Kommunaldienst übernommen werden sollen. Art. 26 sieht vor, daß Personen, die künftig einer Landkrankenklasse anzugehören haben, aber bereits einer Ortskrankenklasse angehören, bei dieser bleiben können. Wenn ihre bisherige Klasse einget. können sie auch der Ortskrankenklasse beitreten, die die Mitglieder ihres Berufsbezuges aufnimmt. Weitere Uebergangsvorschriften erleichtern den Kassenangestellten den Eintritt in die neuen Verhältnisse. Dem Bundesrat wird das Recht beigelegt, auch noch andere Uebergangsbestimmungen zu treffen. Wir kommen zu gegebener Zeit noch einmal auf den Gesetzentwurf zurück.

Ueber die Gesamtergebnisse der Reichsarbeiterversicherung orientiert die letzte Nummer der „Statistischen Korrespondenz“. Danach waren im Jahre 1909 auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes rund 13 335 000 Personen versichert, davon 9 228 000 männliche und 3 457 000 weibliche. Es bestanden 22 449 Krankenkassen. — Die Gesamtzahl der gegen Unfall versicherten Personen betrug 23 787 000 Personen, 14 854 000 Männer und 8 913 000 Frauen. Träger der Unfallversicherung waren 66 gemeinliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und 545 staatliche, Provinzial- und kommunale Aufsichtsbehörden. — Die Invalidenversicherung umfaßte rund 15 444 000 Personen, 10 707 000 Männer und 4 737 000 Frauen. Als Träger dieses Versicherungszweiges bestanden 31 Versicherungsanstalten und 10 zugelassene Kasseneinrichtungen. Die ordentlichen Einnahmen beliefen sich auf 891 598 000 Mk., die Beiträge der Arbeitgeber machten 413 497 000 Mk. aus, die der Versicherten 342 076 000 Mk. Der Zuschuß des Reiches betrug 51,5 Millionen. Die ordentlichen Ausgaben erreichten die Höhe von 598 924 000 Mk. ohne die Rücklagen zur Vermögensbildung. — Die Summe der Entschädigungsleistungen ist für die Krankenversicherung, einschließlich der Anapyschaftskassen, auf 338 972 000 Mk., für die Unfallversicherung auf 162 266 000 Mk., für die Invalidenversicherung auf 189 029 000 Mk. berechnet.

Aus den Stadtparlamenten

Berlin. Dieser Tage hat der von der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung der Lohnsätze städtischer Arbeiter eingesetzte Ausschuss wieder eine Sitzung abgehalten. Den Ausschussmitgliedern lagen Auszüge über die in den einzelnen Betrieben gezahlten Löhne und festgesetzten Arbeitszeiten vor, um eine Uebersicht über die Verschiedenheiten der Lohnsätze und der Arbeitszeiten in den verschiedenen Betrieben zu erhalten, mit besonderer Berücksichtigung des Zeitpunkts, wann die letzte Lohnerhöhung erfolgt ist. Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Kenntnis von einer Resolution, die eine Versammlung der Straßenreiniger gefaßt hat und die ihm zugegangen war. Er bedauerte das und bemerkte, daß es nicht Aufgabe der Kommission sei, der in der Resolution enthaltenen Frage der Behandlung des Arbeiterausschusses und dergleichen näher zu treten. Die Verhandlungen des Ausschusses wandten sich zunächst der Urlaubsfrage zu. Es wurden die erheblichen Verschiedenheiten der Urlaubsordnung mit denen der Vororte verglichen und festgestellt, daß dabei Berlin an zweitlehster Stelle rangiere. Dazu käme, daß auch die Berliner Urlaubsordnung durch Magistratsverfügungen durchlöcher sei, was insbesondere auf die Handwerker zuträfe. Der Vertreter des Magistrats erklärte, daß man im Magistrat der Ansicht sei, daß eine Regelung der Urlaubsfrage einheitlich vorgenommen werden müsse. Weil aus verschiedenen Verwaltungen in dieser Hinsicht Anträge auf Abänderung des Urlasses vorlägen, habe der Magistrat eine Kommission eingesetzt, die erneut diese Frage prüfen soll. Diefelbe Kommission soll sich auch mit der Frage der Arbeiterausschüsse befassen. In dem Ausschuss waren die Meinungen über die Urlassgewährung sehr geteilt. Während Mitglieder, die in ihrem Berufe der Großindustrie zugehören, eine Ausdehnung des Urlasses bekämpften, wurde von sozialdemokratischer Seite die Forderung vorgetragen, nach einjähriger Dienstzeit eine Woche Urlaub zu gewähren. Diesem Verlangen wurde wieder von anderer Seite entgegengehalten, daß seine Erfüllung nicht möglich sei. Wollte man etwas erreichen, müsse man das Mögliche fordern. Schließlich verdrickten sich die Ansichten zu verschiedenen Entwürfen. Zur Annahme gelangte gegen 3 Stimmen ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei Abänderung der Urlaubsordnung folgende Regelung eintreten zu lassen: Nach 3 Jahren (bisher 5 Jahre) 3 Tage, nach 5 Jahren 7, nach 10 Jahren 10 Tage Urlaub zu gewähren. Hierauf wurde die

Lohnfrage erörtert und bei der Entlohnung der Arbeiter in den Gaswerken eine längere Debatte über den Stundenlohn geführt, wobei sich Unstimmigkeiten bei dieser Gelegenheit entwickelte wieder ein Großindustrieller der Metallindustrie seine Ansichten über die Entlohnung der Arbeiter und stellte die Stundenbezahlung als das Ideal hin, das auch in den nächsten Betrieben überall verwirklicht werden möchte. Dem wurde von anderer Seite lebhaft widersprochen und der Wochenlohn, mindestens aber der Tageslohn der Vorzug gegeben. Ein Antrag, den nicht im Wochenlohn tätigen Arbeitern nach einer Beschäftigung von sechs Monaten die gesetzlichen Feiertage mit dem Grundlohn zu bezahlen, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit und wurde abgelehnt. Um die Debatte nicht zu vergeteln, stellte nunmehr der sozialdemokratische Vertreter einen Antrag, nach dem die Entlohnung der städtischen Arbeiter und Angestellten eine generelle Regelung erfahren soll unter Zugrundelegung eines Minimallohns für ungelernete und gelernte Arbeiter. Die Erörterung dieses Antrages wurde vertagt, um den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit zu geben, den Inhalt des Antrages bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu stellen. Bis dahin soll auch festgestellt werden, inwieweit die Behauptung über die auf ihre Wichtigkeit hin angefochtene Lohnordnung der in den Gaswerken Beschäftigten richtig ist.

Hürth. Die Bestimmungen über die Fürsorge für dienstunfähig gewordene Arbeiter und ihre Hinterbliebenen hat der Magistrat abgeändert. Als mit den Aufbesserungen der Beamten im Vorjahre auch ihre Pensionsansprüche gebessert wurden, gewann das Verlangen immer mehr Anhang, auch den Arbeitern günstigere Bestimmungen zu gewähren. Zudem sind die alten Satzungen, die zu einer Zeit geschaffen wurden, als noch wenig Städte Invaliden- oder Hinterbliebenenfürsorge für die Arbeiter eingeführt hatten, inzwischen von vielen anderen Städten übertrifft worden. So mußte die Abänderung der Satzungen einige Verbesserungen bringen. Bisher hatten die Arbeiter nur eine „Anwartschaft“ auf Ruhe- oder Hinterbliebenenunterstützung. Nun wurde ihnen ein „Anspruch“ gewährt, dafür aber im Wortlaut der Bestimmungen Sorge getragen, daß durch den Anspruch auf die gemeindliche Fürsorge die Ansprüche auf die staatlichen Invaliden- oder Altersrenten nicht beeinträchtigt werden. An Ruhe- oder Hinterbliebenenlohn wurden jetzt nach dem zehnten Dienstjahre 20 Proz. des letzten Jahreseinkommens gewährt mit einer Steigerung von 1 1/2 Proz. jährlich bis zum Höchstbetrage von 60 Proz. Münftig wird der Grundruhe- oder Hinterbliebenenlohn mit dem ersten Dienstjahre auf 17 Proz. bemessen und steigt sich jährlich bis zum 20. Dienstjahre um 2 Proz. und vom 21. Dienstjahre ab um 1 Proz. bis zum Höchstbetrage von 75 Proz. Leider wurde diese Verbesserung getrübt durch Aushebung einer besonderen Vergünstigung. Bisher erhöhte sich der Ruhe- oder Hinterbliebenenlohn um 20 Proz., wenn der Empfänger für eine arbeitsunfähige oder über 60 Jahre alte Frau zu sorgen hatte, und um 10 Proz. für jedes noch nicht 16-jährige Kind. Diese besondere Gewährung kam nun in Wegfall. An Sterbegeld wurden bisher 10 Proz. des Jahresruhe- oder Hinterbliebenenlohnes gewährt. Münftig soll der volle Betrag des vom Arbeiter bezogenen Lohnes oder Ruhe- oder Hinterbliebenenlohnes für den Sterbemonat und das folgende Vierteljahr als Sterbegeld bezahlt werden. Das Sterbegeld ist an die Witwe und die ehelichen oder legitimierten Kinder eines Arbeiters zu entrichten, kann aber ganz oder teilweise dann gewährt werden, wenn der Verstorbene Eltern, Großeltern, Geschwister, Geschwisterkinder, Enkel, Adoptiv-, Stief- oder Pflegekinder, deren Ernährer er war, in Bedürftigkeit hinterläßt oder wenn der Nachlaß nicht ausreicht, die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung zu decken. Das Sterbegeld soll künftig 40 Proz. des Ruhe- oder Hinterbliebenenlohnes gegen 30 Proz. nach den bisherigen Satzungen. Seither erhöhte es sich auf 45 Proz., wenn die Witwe beim Tode des Arbeiters arbeitsunfähig oder über 60 Jahre alt war. Auch diese besondere Gewährung fällt bei den neuen Bestimmungen weg. An Waisengeld wurden jetzt 20 Proz. des Ruhe- oder Hinterbliebenenlohnes gewährt für Waisen, deren Mutter noch lebt, und 30 Proz. für Doppelwaisen. Die neuen Satzungen sehen ein Fünftel vom Waisengeld für einfache und ein Drittel vom Waisengeld für Doppelwaisen vor. Das ist eine wesentliche Kürzung des Waisengeldes. Dieses wird aber in Zukunft nicht nur bis zum vollendeten 16., sondern bis zum zurückgelegten 18. Lebensjahre bezahlt. Die neuen Satzungen sind nicht rückwirkend. Sie treten mit dem 1. Januar 1911 in Kraft. Den bereits vorhandenen städtischen Arbeitern wird eine Frist von drei Monaten eingeräumt, in der sie die neuen Satzungen anerkennen können oder nicht. Ist das nicht der Fall, bleiben für den betreffenden Arbeiter die alten Grundsätze in Geltung. Hervorzuheben ist an den neuen Satzungen noch, daß die Bestimmungen über den Ruhe- oder Hinterbliebenenlohn und Arbeiterrenten gelten, die Bestimmungen über die Hinterbliebenenfürsorge aber nur für Arbeiter. Arbeiterrenten sind von dieser Fürsorge ausgeschlossen. Die Kinder einer Witwe sollen weniger bedürftig sein und eine ledig gebliebene Arbeiterin soll bestraft werden, wenn sie uneheliche Kinder gebärt. Es sind ja offensichtlich auch die unehelichen Kinder eines Arbeiters unbedacht geblieben, es sei denn, sie wurden legitimiert.

Aus unserer Bewegung

Barmen. Unsere Generalversammlung tagte am 5. Februar im Gewerkschaftshause. Der Vorsitzende machte zunächst einige wichtige Mitteilungen über die Krankenkassenwahl. Sodann gab der Kassierer den Kassenbericht vom Jahre 1910. Es verbleibt am Schlusse des Berichtesjahres ein Solarkassenbestand von 474,28 Mark. Das 7. Stiftungsfest brachte 44,00 Mk. Ueberschuß. Bei der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Kollege Heinrich Düsselhorst ermahnte die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder, den Vorsitzenden in diesem Jahre besser zu unterstützen, als dies im letzten Jahre der Fall war. Hauptsächlich die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe müßten besser auf dem Posten sein. Es sei dies um so mehr nötig, weil wir in diesem Jahre eine Reihe schwerer Aufgaben zu erledigen haben. Dieran anschließend, schilderte er das Vorgehen der gegnerischen Verbände in Rheinland und Westfalen, woraus zu entnehmen war, daß sich die Brüder in Christo in einer argen Zwangslage befinden.

Braunschweig. Agitationsversammlungen, die wir Anfang Februar in einzelnen Betrieben der Stadt veranstalteten, brachten uns leider nicht den erwünschten Erfolg. Die Aengstlichkeit einerseits und andererseits die Anechtlichkeit der städtischen Arbeiter spielen noch eine zu große Rolle. Es gelang uns nur, einige Mitglieder beim Abfuhrwesen und beim Kanal- und Begebau zu gewinnen. Vollständig erfolglos waren die Bemühungen bei den Straßenreinigern, obwohl es diese Kollegen in erster Linie nötig hätten, sich zu organisieren; denn ihre Löhne betragen noch 60 bis 80 Mk. pro Monat. Wie mag ihre Lebenshaltung bei diesem Einkommen wohl aussehen? Mögen die neugewonnenen Mitglieder in den anderen Betrieben gute Vorarbeit leisten, so daß auch dort fester Fuß gefaßt werden kann.

Colmar. Am 20. Januar fand hier bei Erb, Dreifacherstraße, eine Versammlung statt, zu welcher erfreulicherweise wieder einige Mitglieder und Kollegen mehr als sonst erschienen waren. Gauweiler Durck hielt einen instruktiven Vortrag über die Agitation und wies darauf hin, wie es überall möglich ist, Fortschritte für die städtischen Arbeiter zu erringen, während hier in Colmar die Kollegen sich selber um jede Verbesserung bringen, weil sie zu ängstlich, zu zaghaft beiseite stehen, auch für ihre Organisation keinerlei Opfer bringen wollen. Doch sei es total verkehrt gepart, wenn man an den Verbandsbeiträgen spart, weil dadurch die Stadtverwaltung der lachende Dritte ist, weil sie nichts zu bewilligen braucht. Dabei ist hier in Colmar noch niemandem gemahnt worden, auch die Betriebsleitung des Gaswerks legt der Organisation keinerlei Schwierigkeiten in den Weg, so daß die Schuld an den miserablen Zuständen einzig und allein die Kollegen trifft. Mit dem Appell, sich aus ihrer Gleichgültigkeit aufzuraffen bzw. ihre Nebenarbeiter im Sinne des Verbandes aufzuklären, schloß der Gauweiler seine Ausführungen. Einige Kollegen ließen sich aufnehmen und wenn unsere organisierten Kollegen tüchtig arbeiten, dann wird und muß es auch hier vorwärts gehen. Anmeldungen nimmt jederzeit der Kassierer Haberlorb, Gasarbeiter, Grillendreitgäßlein 5, entgegen.

Schwetzer. Am 13. Januar fand im Lokal Erny unsere diesjährige Generalversammlung statt. Da die Eingabe vom März 1909 noch immer nicht erledigt war, wurde zu Anfang des Jahres erneut eine Eingabe eingereicht. Am 2. Juni endlich wurde der Lohnstarif erledigt, welcher für 38 Arbeiter eine durchschnittliche Verbesserung von 78 Mk. jährlich sowie jährliche Lohnzulagen an Stelle der zweijährigen brachte. Im November wurde endlich auch die Arbeitsordnung vom Gemeinderat erledigt, doch brachte dieselbe nur wenig soziale Vergünstigungen, während auf der anderen Seite die Arbeiter prinzipiell ganz gewaltig geschädigt wurden dadurch, daß man dieselben in „ständige“ und „unständige“ einteilte, um Zwietracht zwischen ihnen zu säen und sie zu Kriechern und Schmeichlern zu erzieren. Die Arbeiter werden der „liberalen“ Stadtverwaltung den Gefallen freilich nicht tun und unfallen, weil sie wissen, daß man zwar den Verrat, nicht aber den Verräter liebt. Aufgabe der Filiale muß es sein, in diesem Jahre auf die Beseitigung dieser reaktionären Bestimmung hinzuwirken. Mitglieder- und Kassenbestand sind zufriedenstellend. Die Stadt beschäftigt 38 Arbeiter, welche sämtliche organisiert sind; der Kassenbestand ist von 92,40 auf 163,28 Mk. gestiegen. Die Neuwahl der Stadtverwaltung ergab: Bischoff, Vorsitzender, Kolkrath, Kassierer.

Sagen i. W. Geradezu unhalbbare Zustände existieren in den hiesigen städtischen Betrieben. Bei der geringsten Kleinigkeit werden die besten Arbeiter entlassen oder die Behandlung ist eine solche, daß die Arbeiter von selbst gehen. So hat jetzt einer der ältesten Vorarbeiter auf der Gasanstalt seine Stellung gekündigt. Die Fluktuation in den Betrieben ist so groß, daß man alle Tage andere Gesichter zu sehen bekommt. Noch viel schlechter sieht es am Fuhrpark aus. Hier arbeiten die Leute außer den Fuhrleuten ohne Kündigung. Eine Arbeitsordnung lennt man ebenfalls nicht.

Die Vorgesetzten können also ihrer Willkür frei die Fügel schwingen lassen. Konkt ein Autide etwa zehn Minuten zu spät zur Arbeit, und er wird vom Schürmeister gemeldet, dann kann der Mann gleich einen ganzen Tag feiern, kommen zweimal Verstärkungen vor, erfolgt die Kündigung. Arbeiter ohne Kündigung werden ohne weiteres entlassen. Wir wollen keineswegs die Unpünktlichkeit verteidigen. Im Gegenteil. Aber wenn passiert es etwa mal, ist einmal zu verzeihen, zumal bei gewöhnlicher Jahreszeit. Wievielmal würde sich wohl der Schürmeister verabschlagen oder zu spät zur Arbeit kommen, wenn er mal seine Wohnung im Fahrparkdepot hätte. Im allgemeinen nehmen heutige Arbeiter — wegen der famosen Behandlung — nur dann Beschäftigung in städtischen Betrieben, wenn sie nirgendwo anders unterkommen können und verlassen diese sofort wieder, wenn sich andere Arbeitsgelegenheit bietet. Zum Nutzen der Stadtverwaltung dürfte dieses System nicht sein. Es ist sehr nötig, daß die maßgebenden Anstalten etwas mehr Augenmerk auf die städtischen Betriebe richten, den Unterbeamten klargemacht wird, daß sie keine Herrgötter sind und den Arbeiter als Mensch zu betrachten haben. An den Arbeitern selbst aber wird es in allererster Linie sein, hier tatkräftig mit Hand anzulegen, daß andere Verhältnisse geschaffen werden, indem sie sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen.

Arsfeld. Unsere Stadtväter sind jedenfalls der Ansicht, daß der gewöhnliche Mensch keiner Sonntagsruhe bedarf, denn die Arbeiter der Straßenreinigung müssen Tag für Tag, ob Sonn- oder Feiertag oder Werktag arbeiten. Für diese Leute gibt es keine Erholung, sie werden niedriger bewertet als irgendein Stück Vieh, wäre dies nicht der Fall, dann würde man ihnen den Sonntag nicht vorenthalten. Die Tagesarbeiter arbeiten täglich zehn Stunden, auch des Sonntags, die Nachtarbeiter arbeiten jede Nacht von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens für den vortretenden Lohn von 3,30 Mk. pro Schicht. Vor zwei Jahren wurden noch 3,50 Mk. pro Schicht gezahlt, aber auch die Stadt Arnsfeld will sparen, und da fängt man zuerst bei den Arbeiterlöhnen an. Nach unserer Ansicht wäre es besser gewesen, wenn die Löhne um 20 Pf. pro Tag erhöht worden wären, man hätte die Verbrauchsgebühren für die Arbeiter ganz getrost an den höheren und höchsten Gehältern, welche die Stadt zahlt, reduzieren können. Infolge der niedrigen Löhne sind aber auch die Wohnungsverhältnisse als ganz erbärmliche zu bezeichnen. Die Lage der Arnsfelder Straßenreinigung ist also „einzig in seiner Art“, und das nur, weil die Stadtverwaltung gänzlich unzureichende Löhne zahlt und dem Arbeiter die unbedingt nötige Ruhe zur Erholung nicht gewährt. Die einzelnen Kolonnen zählen in der Regel 17 Mann und haben ein bestimmtes Pensum Arbeit zu verrichten. In den meisten Fällen fehlen zwei bis drei Kollegen, die sich krank melden oder Urlaub nehmen, um sich einmal auszurufen. Dann muß mit 11, 12 und 13 Mann daselbe Pensum Arbeit verrichtet werden, welches für die vollständige Kolonne vorgegeben ist. Also die Arbeit wird verrichtet, die Arbeiter, welche aber einmal eine Nacht fehlen, bekommen dafür den Lohn einbehalten. Hier wäre es wohl angebracht, daß den Arbeitern der Sonntag bezw. die Sonntagsnacht ohne Lohnabzug freigegeben würde. Ist dies vorläufig nicht durchzuführen, dann sollte man wenigstens abwechselnd der Reihe nach einen jeden siebenten Tag freigegeben bei Weiterzahlung des Lohnes, es würden dann weniger Krankheitsfälle zu verzeichnen sein, und das Arbeitsverhältnis würde ein stabileres. Heute gleicht ja der Straßenreinigungsbetrieb einem Taubenschlag. Allerdings scheint dem Betriebsleiter ein stabiles Arbeitsverhältnis gar nicht erwünscht; die organisierten Arbeiter verhalten sich so nach und nach aus dem Betrieb hinauszuweisen, sogar die Eltern unserer jüngeren Kollegen werden bejocht und auf sie eingewirkt, daß sie ihre Söhne bestimmen, aus der Organisation auszutreten. Dafür will man einen „Verein städtischer Arbeiter“ gründen mit einem Wochenbeitrag von 10 Pf. Davon soll dann Unterstützung gezahlt werden und auch einige Feste gefeiert werden. Man überlegt Arbeiter, die jede Nacht arbeiten müssen, wie sollen die es möglich machen, an einem Feste teilzunehmen. Nun bis jetzt ist es bei dem Bunsche geblieben und wird wohl auch dabei bleiben. Nicht viel besser sind die Verhältnisse auf der Gasanstalt I. Die Uhr beim Portier differiert mit der Uhr in der Werkstätte in der Regel um fünf Minuten, und zwar geht erstere fünf Minuten vor. Kommt man beim Portier zwei Minuten zu spät, dann ist man nach der Uhr in der Werkstätte immer noch rechtzeitig an der Arbeit. Deshalb wird dem betreffenden Arbeiter aber doch ein Stundenlohn abgezogen. Also die Uhr beim Portier ist morgens maßgebend, dagegen ist abends die Uhr in der Werkstätte maßgebend. Der § 6 der Arbeitsordnung schreibt vor, daß Verspätungen bis zu fünf Minuten mit 20 Pf., solche über fünf Minuten mit einem Stundenlohn bestraft werden sollen. Für den Inspektor scheinen diese Bestimmungen aber nicht zu existieren. Vor kurzem wurde sogar ein Arbeiter mit einem Stundenlohn bestraft, weil er eine Hand in der Hosentasche hatte, als der Inspektor die Werkstätte morgens beim Arbeitsantritt besuchte. Dieser Herr will mehr Zug unter die Leute bringen, da ihm dies nicht gelingt, legte er vor kurzem folgendes schöne Gebändnis ab: „Ich behandle Euch wie die Hunde und es nützt doch

nichts.“ Auf welcher Höhe muß sich solch ein Mann bücken, der solche Ausdrücke den Arbeitern gegenüber gebraucht? Die Unterbeamten können ebenfalls etwas von dem Herrn gelernt zu haben, oder aber, es ist im allgemeinen so Usus, daß die Arbeiter wie Hunde behandelt werden. Einem Arbeiter, der sich in einer Sache zu recht fertigen suchte, wurde zugerufen: „Halten Sie Ihre vieredrige Quadratschnauze!“ Wahrhaftig! An den Arbeitern ist es, hier Abhilfe zu schaffen, indem sie sich ihrer Organisation anschließen und mit den bereits organisierten Kollegen annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen helfen.

Leipzig. Wie in den letzten Jahren, so kann auch in diesem von einer erfreulichen Entwicklung der Filiale nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in bezug auf die innere Arbeits- und Mitgliederzunahme berichtet werden. Mit dem 1. Oktober 1906 war auf Beschluß des Rainger Verbandstages und eines besonderen der diesigen Mitglieder eine Beitragserhöhung von 20 auf 40 Pf. pro Woche eingetreten. Sicherheit dieser erhöhte Beitrag nun auch den Mitgliedern eine materielle Gewähr in der Form einer Erwerbslosenunterstützung im Falle der Erkrankung und der Arbeitslosigkeit ab 1. Oktober 1907 von 3 bis 4 Mk. pro Woche, so war aber doch bei Errichtung des Bureaus am 15. Oktober 1906 eine solche Mitgliederzunahme zu verzeichnen, daß starke Bedenken für die dauernde Erhaltung des Bureaus sich geltend machten. War doch in dieser Ueberzugsperiode die Anzahl der zahlenden Mitglieder von 674 auf 518 im ersten, und 485 im zweiten Quartal nach Errichtung des Bureaus, insgesamt um 280 Mitglieder zurückgegangen. Inwieweit und durchgehender Agitations- und Aufklärungsarbeit gelang es jedoch sehr bald — noch vor Ende des Jahres 1907 —, die Zahlenflüchtigen wieder zurückzugewinnen, und so ging es in fortgesetzt aufsteigender Linie. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl bereits 1150. Berücksichtigt man die Schwierigkeiten, die sich der Agitations- und Organisationsarbeit in einem städtischen Betriebe, nicht nur allein von oben, sondern auch in den eigenen Reihen entgegenstellen, so kann man mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein. Es bedurfte erst jahrelanger gewerkschaftlicher Kämpfe, um die Löhne und Arbeitsverhältnisse auf die jetzige, wenn auch durchaus nicht befriedigende Höhe zu bringen. Kommt es doch hin und wieder vor, daß Arbeiter vor ihrer Einstellung ihrer gewerkschaftlichen Pflicht genügen und sich dann in städtischen Betrieben dieser Pflicht entziehen, weil es der Rat — nicht gerne sieht. Nicht weniger denn 21 verschiedene Branchen bezw. Gruppen umfaßt der städtische Betrieb, deren einzelne Bearbeitung wieder in verschiedenen Bezirken dieser Ressorts getrennt vorgenommen werden muß. Ein nicht gerade von Einfachheit sprechendes Verwaltungsvorgehen und ein bürokratischer Infanzenszug zur Geltendmachung der Forderungen an die Verwaltung tun ihr übriges, zur Erschwerung mit beizutragen. Trotz alledem hat auch das Jahr 1910 um erfreuliche Fortschritte gebracht, wenn es auch an reichlicher Arbeit nicht gebricht hat. So manche Verbesserungen, die hier nicht aufgezählt werden können, sind erreicht worden, die ohne die Organisation nie gekommen wären. Die Lohnfrage ist auch bei den städtischen Arbeitern als die brennendste in den Vordergrund gerückt worden. Trotz der Feuerungsverhältnisse war das Entgegenkommen des Rats sehr gering. Als nun zu Anfang 1910 die Gehälter der Beamten eher erhöht werden sollten als die schon lange bedürftigen Arbeiterlöhne, versammelten sich über 1200 städtische Arbeiter am 20. Mai, um gegen diese Art der Verhandlung ihrer Forderungen, wie auch über die Wohnpolitik überhaupt, in nicht mißzuverstehender Weise ihre Stimme zu erheben. Die Wirkung der Versammlung blieb nicht aus, und im Juli erfolgte auf Antrag unserer Genossen im Stadtparlament eine ungefähr fünfprozentige Erhöhung der Löhne mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1910, während den Beamten 10 Prozent Erhöhung im Durchschnitt gewährt wurde. — Die bisherige Sparpolitik wurde auch hier durch einen weiteren Fall bereichert, indem nicht allen Arbeitern eine Erhöhung und einem anderen Teil eine solche von ganz geringer Bedeutung zuteil wurde. In 12 Ressorts sanden die Remunerationen zu den Arbeiterausschüssen mit einem durchschlagenden Erfolg für unsere Organisation statt. Die Hauptaufgabe, die Arbeiterausschüsse mit dem Geist der Organisation zu beleben und zu befruchten, kann auch in der kommenden, wie in der vorhergehenden Periode als gelungen bezeichnet werden. Doch steht der Organisation mit dieser Einrichtung noch ein großes Stück Arbeit bevor, die ungezügelmäßigen Bestimmungen über die Einrichtung und die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse insofern umzuändern, daß sie den Anforderungen genügen können, die man an eine wirkliche Vertretung der Arbeiter zu stellen berechtigt ist. Das gleiche muß geschehen in der Terminverkürzung über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit. In mehreren Ressorts ist eine günstige Beweismittel eine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in die Wege geleitet worden, so im Mohrweg und der Schleusenreinigung. Die am 20. März abgehaltene erste Konferenz des Gauverbandes Leipzig hatte mehr referierenden als positiven Charakter. Doch sind die angelegten Gedanken, wie sich in den Filialen übersehen läßt, auf keinen unbedenklichen Boden gefallen. Auch die Klassenverhältnisse waren befriedigende. Es wurden insgesamt 23.400,57 Mk. vereinbart. In Ausgaben haben wir folgende Posten hervor: Erwerb-

lofenunterstützung im Krankeitsfälle 1842,50 Mk., desgleichen im Arbeitslosigkeitfälle 278,67 Mk., Streifenunterstützung 821,50 Mk. und Sterbe- bzw. Hinterbliebenenunterstützung 495 Mk. An Beitragsmarken wurden 46 744 Stück verkauft. So hoffen wir denn, daß auch das laufende Jahr uns weitere Fortschritte bringt. Dazu mögen unsere Mitglieder nach besten Kräften mit beitragen.

Esraach. Am 15. Januar fand im „Tüllinger Hof“ die Generalversammlung statt. Aus dem Jahresbericht ist ersichtlich, daß der Mitgliederstand sich von 20 auf 28 gehoben hat. Beschäftigt sind bei der Stadt 35 Arbeiter. Der Kassenbestand ist von 54,19 auf 126,63 Mk. gestiegen. Eingetreten sind 23, ausgetreten 15 Mitglieder, die Ursache dieses für die hiesige Filiale ungemein hohen Wachstums ist in den starken Arbeiterwechsel des Gaswerks zu suchen. Alsdann wurde die Ortsverwaltung gewählt.

Magdeburg. Am 27. Januar tagte eine Versammlung der Kanalisations- und Straßenreinigungsarbeiter, die sich mit deren Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigte. Diese Kollegen haben sehr unter schlechter Behandlung ihrer Vorgesetzten zu leiden und dürften wohl hier die meisten Nöthigkeiten anzutreffen sein. Bereits im September 1910 reichten die Kollegen durch den Arbeiterausschuß eine Eingabe um Neuregelung der Löhne und der Arbeitszeit ein. Diese zu beantworten, hielt der Magistrat bisher nicht für nötig. Daß solche Zustände hier noch anzutreffen sind, liegt aber an den Arbeitern selber. Zur Verbesserung ihrer Lage haben sie bisher sehr wenig getan. Auch diese Versammlung wies nicht den Besuch auf, den man in Anbetracht der Tagesordnung erwartet hätte. Darum, Kollegen von der Straßenreinigung und Kanalisation, macht nun endlich auf! Schließt Euch unserer Organisation an, damit auch für Euch anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen werden können. Hier hilft kein Murren oder Raumballen in der Tasche, sondern es muß gehandelt werden.

Martitzsch. Am 12. Januar fand im Lokal Bürger unsere diesjährige Generalversammlung statt. Gauleiter Bürker gab einen Ueberblick über die Tätigkeit im verfloffenen Jahr. Darnach brachte der Anfang des Jahres die Erledigung der im Jahre 1909 eingereichten Eingabe, welche die Verlängerung der Mittagspause, Abgabe des Arbeitmontags, Vohnerhöhung für den zweiten Inhabenteur und Dienstkleidung für die Gas- und Wasserhandwerker brachte, so daß der Erfolg ein befriedigender zu nennen ist. Neu eingereicht wurde eine Eingabe um Einführung einer Alters- und Pensionsversorgung, welche noch nicht erledigt ist. Die Agitation war naturgemäß nicht sehr lebhaft, da die Stadt Martitzsch nur im Gaswerk vollkräftige Leute beschäftigt, die anderen Arbeiten aber von Spezialmannen ausführen läßt. Erschwerend hinzu haben die Gaswerkskollegen auch in diesem Jahr darauf geachtet, daß stets alle organisiert sind, so daß, wenn sie auch selber so zusammenleben, auch die Erledigung ihrer eingereichten Wünsche zu erwarten steht. In die Filialverwaltung wurde Gen. Landre als erster Vorsitzender und Kasperer bestimmt. Zum Schluß wies Bürker darauf hin, daß es immerhin noch möglich sei, da und dort, im Krantenhaus Beschäftigte oder die Schuldiener oder Putzfrauen, Arbeiter usw. als Mitglieder zu gewinnen und daß darnach getrachtet werden muß, die Organisation zu vergrößern.

Mühlhausen i. G. Am 17. Januar fand unsere gutbesuchte Jahres-Generalversammlung statt. Für die Hauptkasse wurden 1910 vereinnahmt 7220,76 Mk., verausgabte einschließlich der Barablieferungen ebensowiel. An Unterstützungen wurden von der Hauptkasse nicht weniger wie 3487,68 Mk. bezahlt, was eine ganz erhebliche Summe für die hiesige Mitgliederzahl ist. Die Lokal-kasse vereinnahmte 5725,41 Mk. und verausgabte 3796,65 Mk., so daß ein Kassenbestand von 2228,76 Mk. verbleibt. Die Filiale zahlte an Unterstützungen zusammen 800,48 Mk., so daß Haupt- und Filialkasse zusammen 4378,16 Mk. an Unterstützungen geleistet haben. Eingetreten sind 202, ausgetreten 104 Mitglieder, darunter 25 Kollegen, die wegen Aufgabe des städtischen Dienstes anderen Organisationen zugewiesen werden mußten, so daß ein Stand von 463 Mitgliedern verbleibt. Auf Antrag der Ortsverwaltung, den der Gauleiter begründete und bejournierte, werden dem Kassenbestand 2600 Mk. abgeschrieben und als besonderer Rücklagefonds verwaltet. Dem Vorkassier der „Mühl. Volkszeitung“ wurden 30 Mk. überwiesen. Die Neuwahl ergibt Herrgott als Vorsitzenden, Vohrer als Kassierer.

Nürnberg. Am 5. Februar fand im Saale des Englischen Hofes eine allgemeine Versammlung statt. Saal und Galerien waren überfüllt, viele mußten umkehren. Der Referent behandelte die „Wünsche der städtischen Arbeiter“, die im letzten Jahre zu den Gasberatungen eingereicht waren und betonte, daß es keine Lohnforderungen seien, sondern Beseitigung einiger Gärten, die sich bei der letzten Lohnregulierung herausgestellt hätten, vor allem aber Abänderung der Arbeitsordnung, die auch die Einführung des stündlichen Schichtwechsels im Gaswerk, Elektrizitätswerk, Straßenbahn und Wasserwerk verlangt, denn bekanntlich haben ja auch im Gaswerk nur die Feuerhausarbeiter die Achtstundenschicht, Heizer, Maschinenisten, Apparatewärter und Wassergasarbeiter aber nicht. Außerdem sollen wie in vielen anderen deutschen Städten die ge-

sehrlichen Wochenfeiertage bezahlt werden und der Lohn für alle städtischen Arbeiter Sommer wie Winter gleich sein, und für die Arbeiter, die Schupfleider haben und brauchen, eine Schupfleiderordnung eingeführt werden. Die gewünschte Änderung der Satzungen für die Arbeiterausschüsse könnte nun so leichter durchgeführt werden, da die Änderung dem Stadtmagistrat keinen Pfennig Kosten verursache. Es sollen die Organisation anerkannt und einige Verbesserungen und Vereinfachungen bei der Wahl durchgeführt werden. In der Magistratssitzung vom 21. Januar wurde der Etat für 1911 in nicht ganz 3 Stunden erledigt, die Zeit ist ziemlich kurz wenn man bedenkt, daß er über 38 Millionen beträgt. Sämtliche Anträge der Sozialdemokraten wurden rundweg abgelehnt, nicht nur die, die für die Gemeindefürsorge gestellt waren. Einige Ausführungen der Herren Magistratsräte sind direkt unzutreffend. Im Elektrizitätswerk besteht absolut keine Achtstundenschicht, die Neueinführung besteht darin, daß die Nachtarbeit von abends 8 bis früh 6 Uhr arbeitet, das sind 10 Stunden, rechnet man aber die zwei Mahlzeitpausen von je einer halben Stunde ab, wo die Leute den Betrieb nicht verlassen dürfen, so bleiben immer noch 9 und keine 8 Stunden. Es ist aber auch nicht richtig, daß seit März 1910 keine Gesuche wegen Änderung der Arbeitszeit vorliegen. Rechtsrat Dr. Kertel solle einmal die gedruckte Eingabe der gesamten Arbeiterausschüsse vom August 1910 auf Seite 4 nachlesen, dann wird er finden, daß nicht nur für die Schichtarbeiter des Gaswerks sondern auch der anderen Betriebe der Achtstundenschichtwechsel verlangt wird. Es wäre überhaupt zu wünschen, daß die Herren Magistratsräte, vor allem die Herren Richter, die Eingabe samt der ausführlichen Begründung recht deutlich durchlesen und nicht ohne Kenntnis der Sache die Anträge einfach geschlossen ablehnen würden. Im übrigen war derselbe Antrag schon voriges Jahr gestellt, man lehnte ihn ab, um erst Unterlagen zu schaffen, und bis jetzt weiß der Herr Richter des Gaswerkes nichts davon. Wer arbeitet denn die Gutachten und sonstigen Unterlagen für die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit der Achtstundenschicht aus? In der Diskussion wandten sich verschiedene Schichtarbeiter mit aller Schärfe dagegen, daß ihre Schichtarbeit zum Teil nur als Bereitschaftsdienst betrachtet werde, das zeige von vollständigem Unkenntnis der Verhältnisse, und sie hoffen, daß sich das Gemeindefollegium mit Wärme ihrer sehr berechtigten Wünsche annehme. Im übrigen wurden die Ausführungen des Referenten nicht nur bestätigt, sondern noch vielfach erweitert und ergänzt. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die im überfüllten Saale des Englischen Hofes versammelten Gemeindefürsorge Nürnberg protestieren gegen die Behandlung ihrer bescheidenen Wünsche im Stadtmagistrat und erwarten von dem Kollegium der Herren Gemeindefürsorge, daß es die Wünsche der städtischen Arbeiter einer besseren Würdigung unterziehen möge, da es nach der Ansicht der Mehrheit der städtischen Arbeiter mehr am guten Willen als an der Undurchführbarkeit dieser Wünsche lag, wenn sich der Magistrat hier ablehnend verhielt.“

Offenburg. Am 18. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Im Jahresbericht wurde auf die Einführung der neuen Arbeitsordnung und Vorkassier hingewiesen, welche nur wenige Verbesserungen brachte, so daß gegenwärtig noch eine recht rege Zeitungspolemik schwebt. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 16, ausgetreten 4 Mitglieder, so daß ein Bestand von 18 Mitgliedern verbleibt. Würden die Offenburg Kollegen sich ihrer Organisation anschließen, statt dem „Rath. Arbeiterverein“ nachzulaufen, dem ein Teil schon lange Jahre angehört, ohne daß derselbe auch nur das Mindeste für sie tut, so wären sicherlich bessere Verhältnisse zu erreichen. Als Vorsitzender wurde Stürzel, als Kassierer Schwarz bestimmt.

Strasbourg i. G. Im Saale „Zur Warenbörse“ fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß es zwar gelungen ist, für einzelne Gruppen einige Verbesserungen zu erlangen, im großen und ganzen aber muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, für die Allgemeinheit der Arbeiter durch die im letzten Herbst eingeleitete Lohnbewegung eine Verbesserung ihrer Verhältnisse zu erreichen. Der Jahresbericht ergibt an Einnahmen für die Hauptkasse 6242,95 Mk., an Ausgaben ebensowiel, einschließlich einer Barablieferung an die Hauptkasse von 2648,08 Mk. An Unterstützungen leistete die Hauptkasse rund 2100 Mk. Die Filiale vereinnahmte 5098,74 Mk., verausgabte 2803,62 Mk., so daß ein Kassenbestand von 2295,12 Mk. verbleibt. Die Filiale bezahlte an Unterstützungen 658 Mk., so daß beide, Haupt- und Filialkasse zusammen, 2801,18 Mk. an Unterstützungen leisteten. Der Mitgliederstand läßt sehr viel zu wünschen übrig, da sich derselbe keineswegs erhöht, sondern stabil geblieben ist. Verschiedenfach wurde betont, daß die Launen in unseren eigenen Reihen unter allen Umständen überwunden werden muß, damit der Stadtverwaltung gegenüber energischer aufgetreten werden kann. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung.

in politischen Gattlerhänden. Wir werden zuerst trachten, unsere Organisation auszubauen. Es bestand die Absicht einer Straßen-demonstration vor dem Direktionsgebäude. Ich bitte, davon abzu-sehen." Ein entlassener Bediensteter der Elektrizitätswerke führte unter anderem aus: Die Elektrizitätsarbeiter ließ man antreten und fragte jeden einzelnen, ob er dem Fachverein angehöre. Es wurde sogar in den Wohnungen spioniert, welche Zeitungen man lese. Er beantragte eine einstimmig zur Annahme gelangende Reso-lution, in der gegen die Gewalttatte protestiert und die ganze organi-sierte Arbeiterschaft Wiens um Hilfe in dem Kampfe ersucht wird. — In der Umgebung des Versammlungslokals war ein zahlreiches Wachaufgebot zu sehen, welches aber keinen Grund zum Ein-schreiten fand. Auch die Zugangsstraßen zum Rathaus waren von Wacheleuten besetzt.

Deckerreit. Soeben veröffentlicht die Wiener Gewerkschafts-kommission ihren Bericht über das abgelaufene Jahr. Natürlich nimmt die tschechische Zersplitterungsaktion den größten Raum in dem Bericht ein. Bis auf die Verbände der Eisenbahner und Tabakarbeiter (beides Staatsbedienstete, denen niemand die Koa-litionsfreiheit freitig macht!) sind alle Gewerkschaften schon dem Separatismus insofern erlegen, daß es zur nationalen Trennung kam. Der Erfolg: die Zahl der tschechischen Mitglieder in beiden Organisationen zusammen ist heute geringer als früher in der Zentralorganisation allein! Klarer kann es schon nicht erwiesen werden, daß das Entgegenkommen gegen den Kleinbürgerlich-geblen Chauvinismus nur diesen, aber nicht den Sozialismus stärkt. Mehr als 20 000 tschechische Arbeiter, dieses Jagat zieht der Bericht, sind auf der Wahlstatt liegen geblieben! Da müßte man wohl meinen, es müßte sich sofort verwirklichen, was Genosse Viktor Adler dieser Tage in seiner Budgetrede den bürgerlichen Parteien zurief: Wenn wir unter Ihrem Feder leiden und die Junken des nationalen Kampfes auch in unserem Hause gezündet haben, so werden die Ar-beiter den Weg zur Geschlossenheit wiederfinden. . . . In den Zentralorganisationen stehen immer noch über 80 000 Tschechen, davon 20 000 in Wähera, das zentrale Prinzip ist auch unter der tschechischen denkenden Arbeiterschaft noch das herrschende. Trotz des Separatismus und der Wirtschaftskrise verzeichnen 34 von den 52 Zentralverbänden Mitgliederzunahmen, doch steht dem Gewinn von 16 000 ein Verlust von 28 000 Mitgliedern gegenüber, also ist das Gesamtergebnis wieder ein Abgang von 10 000. Ohne die sepa-ratistische Aktion aber wäre nach der ruhig vorgebrachten Ansicht der Reichskommission ein Gewinn von 10 000 Mitgliedern zu buchen. Es wäre unbegreiflich, wenn trotz Kopenhagen, noch unbe-greiflicher, wenn trotz dieses Ergebnisses die bereits angebahnte Einigung der beiden Lager von Massenbewußten, sozialistischen Kämpfern, denen immer gewalttätiger gestimmt das Scharfmacheg-tum und die Bourgeoisie gegenübersteht, nicht schon in ganz kurzer Zeit gelingen würde!

Rundschau

In dem Dranger! Die „Schlesw.-Holst. Volkstg.“ schreibt in Nr. 35 treffend: „Vor hundert und mehr Jahren bildete der Danbel mit „Schwarzer Ware“ oder „Ebenholz“, d. h. mit afrika-nischen Regern als Sklaven nach Südamerika für die Händler mit Menschenware zwar ein lukratives, aber auch ein sehr gefährliches Geschäft. Denn, wenn die „Ware“ auf dem Transport aus dem Inneren Afrikas nach der Küste oder der mühselige Schiffsüber-trait nach Amerika viel Lote brachte, so bedeutete das einen schweren finanziellen Verlust für den Sklavenhändler. Dazu kam, daß besonders die englische Regierung eifrig Jagd auf diese Sklavenschiffe machte, so daß der Sklavenhändler oft Leben und Eigentum einbüßte. Anders ist es heute mit den Händlern „weißer Ware“, d. h. den Streikbrecheragenten, die nicht anderes als modernisierte Sklavenhändler sind. Diese haben keinerlei Risiko mehr, aber der Verdienst ist kein geringer, und sie be-kommen für Lieferung ihrer lebenden „Ware“ auch noch An-erkennungsschreiben. Vor uns liegt ein Anerkennungs schreiben der Streikbrecheragentur Adolf Hessberg aus Blankenese, in dem er seine „Ware“ der Gasanstalt Meerane anbietet, wo Differenzen entstanden sind. Daß er hierbei den Mund ordentlich voll nimmt, ist kein Wunder, denn „Mappern gehört zum Handwerk“. So erbringt er sich „innerhalb 24 Stunden bis zu 500 geschulte arbeitswillige Gasarbeiter“ zu liefern. Wie es mit den „geschulten“ Arbeitern aussieht, hat man bis jetzt bei allen Streiks gesehen, wo Arbeitswillige in Aktion traten, und haben wir bis „zur Nase“ in Kiel voll gekriegt wäh-rend des Streiks bezw. der Aussperrung der städtischen Arbeiter. Und nun kommt der Punkt, der uns am meisten interessiert. Trotzdem einwandfrei von der Mehrheit der Bürgerchaft an-erkannt werden muß, daß die Zustände in Kiel während dieses Kampfes und trotz der vielen Arbeitswilligen „bis zum Himmel stanken“ und wie noch nie schlechteres Gas hatten als zu der Zeit, kann doch Herr Hessberg zwei Anerkennungs schreiben aus Kiel auf-weisen, die wir im Wortlaut folgen lassen:

Magistrat der Stadt Kiel.

Kiel, den 7. September 1909.

Wir bejehinigen Ihnen, daß wir bei dem am 8. Juni d. J. ausgebrochenen Streik unserer städtischen Arbeiter durch Ihre Vermittlung prompt 361 auswärtige Arbeitswillige erhalten haben. Mit den von Ihnen gestellten Leuten gelang es uns, die Betriebe der Licht- und Wasserwerke wie der Straßenreinigungs-anstalt während des 10 Wochen dauernden Streiks aufrecht-zuerhalten.

An Herrn Adolf Hessberg, Hamburg 19.

Städtische Licht- und Wasserwerke.

Kiel, den 3. Juli 1909.

Im Besiz Ihres Schreibens vom 30. vor. Mts. bejehinigen wir Ihnen hiermit, daß wir von Ihnen gelegentlich eines Streiks am 11. Juni 67 Arbeiter erhalten haben, die im Laufe der Zeit wegen Neueinstellung hiesiger Arbeiter zum Teil der städtischen Straßenreinigungsanstalt überwiesen sind. Wir sind mit der Führung der Arbeiter zufrieden. Schwierigkeiten sind uns durch die Beschäftigung Ihrer Arbeiter nicht entstanden.

Städtische Licht- und Wasserwerke.

Der Direktor, gez. Pippich.

Herrn Adolf Hessberg, Hamburg.

Wie diese Nachgestalten gearbeitet haben, weiß jeder aus Erfahrung, ebenso auch, wie die „Aufrechterhaltung der Betriebe“ aussah. Daß aber ein Bürgermeister im Namen des Magistrats offiziell einem solchen Menschenhändler noch zu einer billigen Re-klame verhilft, muß allerdings der Kritik der Öffentlichkeit unter-breitet werden. Wie haben sich doch die Zeiten gewandelt. Früher wurden die Händler mit „heidnischer“ schwarzer Menschenware mit Tod und Verderben bedroht und in unseren Kolonien sieht man ja auch heute noch den Sklavenhändlern scharf auf dem Felz. Heute werden Händler mit weißer „christlicher“ Menschenware mit untrüglichen Anerkennungs schreiben bedacht. Es wird nicht lange dauern, werden sie auch noch — beforiert. Ja, einst und jetzt!

In alt! In Spandau darf ein Arbeiter nur 30 Jahre alt werden. Auf der städtischen Gasanstalt sind infolge des neuen Betriebes 20 bis 25 Mann entlassen worden. Direktor Kübing machte aber auf der Gasanstalt bekannt, daß Direktor Müller von der städtischen Straßenbahn noch Leute einstellt. Darauf gingen auch zehn der entlassenen Gasarbeiter zur Straßenbahn, wurden aber mit dem Bescheid abgewiesen, daß nur Leute bis zum Alter von 30 Jahren angenommen werden. Leute also, die schon 3½ Jahre auf der städtischen Gasanstalt gearbeitet haben und wegen Arbeitsmangels entlassen werden, sind mit 31 bis 36 Jahren zu alt, um in einen anderen städtischen Betrieb einzutreten!

Arbeiterhäuser. Zu erstreben ist, daß das Bad dem Arbeiter an der Stelle seiner Tätigkeit und unentgeltlich verabfolgt wird. In dieser Hinsicht kommt besonders das Brausebad in Frage. Dieses hat den Vorteil der verhältnismäßigen billigen Anlage, des geringen Raumbedarfs und Wasserverbrauchs und der Einfachheit der Be-dienung, raschen Abfertigung des Badenden und schnelle Reinigung des Badeplopes durch den Badenden selbst. Die Baderräume müssen freundlich, sauber und in hellen Tönen hergestelt werden. Die Wünsche der Arbeiter, auf welche die ganze Anlage einen Anreiz zur Förderung des Körperlichen Wohlbehagens ausüben soll, sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Arbeiterinnen ziehen er-sahrungsgemäß Kammern über den Brausebädern vor. Nach der deut-schen Gewerbeordnung kann für bestimmte Anlagen die Bereit-stellung von Anlagen zur Körperlichen Reinigung im Aufsichtswege angeordnet werden. Weiterhin können nach Bundesratsver-ordnungen Vorschriften darüber erlassen werden, welchen An-forderungen in bestimmten Arten von Anlagen zu genügen ist. Solche Anordnungen sind erlassen für Betriebe, in denen die Arbeiter der Einwirkung von Giften oder erheblicher Staubentwicklung ausgesetzt sind. Aber auch dann, wenn diese strengeren Vorschriften nicht zutreffen, muß bei der Konzeptionierung neuer Anlagen die Einrichtung ausreichender Bäder- und Badeeinrichtungen zur Be-dingung gemacht werden. Nach der Gewerbeordnung, die absolute Trennung der für die beiden Geschlechter bestimmte Räume verlangt, genügt es nicht, wenn sonst gemeinsame Ankleide-, Bader- oder Baderräume abwechselnd und getrennt von beiden Geschlechtern benutzt werden. Die Erwärmung des Wassers geschieht am besten durch Dampf; die Brause muß so eingerichtet sein, daß auch bei Unachtsamkeit eine Verdringung ausgeschlossen ist.

Wirtschaftsrechnung einer minderbemittelten Familie. Vor einigen Jahren sind mit Unterstützung der statistischen Ämter zahl-reicher Städte Deutschlands von Arbeitervereinen usw. Haushalts-rechnungen von Familien großstädtischer Arbeiter und Angestellten aufgestellt worden. 852 Haushaltsrechnungen, die ein ganzes Jahr bedingten, sind bearbeitet und veröffentlicht worden. Die Durch-schnittseinnahmen dieser Familien beliefen sich aufs Jahr auf 2192 M.; die Durchschnittsausgaben auf 2234 M. Die Ergeb-nisse dürfen einen hohen Grad von Zuverlässigkeit beanspruchen. Im einzelnen betragen die Durchschnittsausgaben in den Haus-

haltungen für Nahrungs- und Genußmittel 45,8 Proz. der Ausgaben, für Kleidung, Wäsche und Reinigung 12,6 Proz., für Wohnung und Haushalt 18 Proz., für Heizung und Beleuchtung 4 Proz., für Sonstiges 20 Proz. Nach dem Prozentanteil der Ausgaben für die Nahrung stehen an erster Stelle die Arbeiter ohne nähere Bezeichnung mit 55,9 Proz., es folgen die Handels- und Verkehrsarbeiter, gewerbliche Arbeiter mit etwas mehr wie 50 Proz., Unterbeamte mit 49 Proz., Privatangestellte mit 35 Proz. Auch hier betragen also bei den Rinderbemittelten die Ausgaben für Lebensmittel den bei weitem größten Teil der Gesamtausgaben. Unter den Lebensmitteln steht obenan der Verbrauch für Fleisch, Wurst und Fisch — 28 Proz. sämtlicher Ausgaben für Lebensmittel, hieran schließen die Ausgaben für Brot und Backwaren mit 16 Proz., für Milch mit 10 Proz., für Butter, Schmalz und Margarine mit 12 Proz. Der Verbrauch für alkoholische Getränke, d. h. im wesentlichen für Bier im Haushalt und in Gastwirtschaften, machte 6,7 Proz., der Nachweis von 3,1 Proz. der Gesamtausgaben aus.

Alkoholfreie Getränke für Arbeiter. Wenn man sich bemüht, alkoholische Getränke aus den Arbeiterbetrieben fern zu halten, so muß man zu gleicher Zeit alkoholfreie Ersatzgetränke zur Verfügung stellen. Solche Getränke sind Kaffee, Tee, Malzkaffee ist nahrhafter und gesünder als bekömmlicher wie Jichorie. Kakao hat mehr Nährwert wie Tee, er ist auch kalt genossen ein wohlschmeckendes Getränk. Kleine Päckchen von 10 Gramm Kakao und 15 Gramm Zucker genügen dem Arbeiter zur Selbstbereitung einer Tasse Kakao. Empfehlenswert ist die Schokoladendmilch, bei welcher Magermilch verwendet wird, ein im Verhältnis zu seinem Nährwert billiges Kollereiprodukt, ferner Buttermilch und Vollmilch. Was den Tee anbelangt, so wird auch in deutschen Betrieben vielfach versucht, denselben einzuführen, da er in seiner Wirkung auf das Gefäß- und Nervensystem dem Bohnenkaffee vorzuziehen ist. In manchen Betrieben wird er unentgeltlich abgegeben, in anderen ist eine besondere Teeküche für die Arbeiter eingerichtet. Die aufgebrühte Limonade ist heiß und kalt ein wohlschmeckendes Getränk und hat sich vielfach als Ersatz für Glühwein und Bier bewährt. Durch Beimischung von Fruchtäpfeln wird abgeseihtem Wasser ebenfalls der fade Geschmack genommen. Der Ausschank von natürlichen Fruchtäpfeln ist zuträglicher als der Genuß der meisten fabrikmäßig hergestellten sogenannten Limonaden.

Konferenzen.

Was immer mir das Schicksal Gutes sendet:
Da, wie Gott will!
Wenn Seine Majestät mir Orden spendet:
Ich halte still.
Auch den Minister mag ich gerne haben,
Borausgesetzt,
Dah er mein Recht auf reichliche Gehaltszulagen
Nicht dreist verliert.
Dah man des Bauern Konfessionswürde
Schone,
In Quack und Quackm.
Ich respektiere nur Agrarbarone
Mit Kr und Alm.
Mein Junkerproß ist durch Gesetz ge-
zügelt!
Das gleicht dem Knecht.

Glaubt der nicht dran, wird es ihm
eingeprügelt —
Und zwar nicht schlecht.
Kun gar erst die verfluchten Demokraten
Schodschmerenot:
Am liebsten schlag' ich diese Teufels-
braten
Mit Keulen tot.
Woh mir nicht bald der Staat für so den
Knecht,
Gerb' ich ihm's Fell
Und werde, schlimmer noch als August
Bebel.
Ein Norddebel.
Aus ganz Mecklen ruf' ich zur Ver-
teidigung
Den letzten Mann!
Auf eine lastige Majestätshuldigung
Kommt's mir nicht an ...

Michel.

Eingegangene Schriften und Bücher

- Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 18 und 19 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.
- Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 10 des 21. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.
- Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. (Nr. 4). Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.
- Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eidelmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 5 und 6. Vierteljährlich nur 3.— M. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.
- Geschichte der Revolutionen. Von Dr. K. Conrad. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 10 u. 11

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. Röhmann, Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 67, Wilmersfelderstr. 34. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

und erschienen. Preis pro Heft 30 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Sozialreform und soziale Revolution. Von R. Kautsky. Aus dem belehrenden Inhalt geben wir einige Kapitelüberschriften wieder: Der Begriff der sozialen Revolution. — Evolution und Revolution. — Die Revolutionen im Altertum und Mittelalter. — Die soziale Revolution der kapitalistischen Periode. — Die Milderung der Klassengegensätze. — Die Demokratie. — Die Formen und Waffen der sozialen Revolution. — Die Vereinsausgabe kostet 40 Pf.

Am Tage nach der sozialen Revolution. Diesen Titel führt das sechste in dritter durchgesehener Auflage erschienene Heft 2 der Schrift: „Die soziale Revolution“. Von Karl Kautsky. Vereinsausgabe 30 Pf. Aus dem Inhalt erwähnen wir folgende Kapitel: Begrenzung der Ausgabe. — Die Expropriation der Expropriateure. — Konfiskation oder Abfindung? — Die Heranziehung der Arbeiter zur Arbeit. — Die Steigerung der Produktion. — Die Organisierung des Reproduktionsprozesses. — Die Rechte des Privateigentums an den Produktionsmitteln. — Die geistige Produktion. — Die psychologischen Vorbedingungen der Herrschaft des Proletariats. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß die beiden Broschüren „Die soziale Revolution“ zu einem Bande vereinigt zu beziehen sind. — Die Ausgabe ist auf gutem Papier hergestellt und kostet 1,50 M., 2 M. Bibliotheken werden die Ausgabe bevorzugen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungsexpositionen oder direkt vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Volksschule, wie sie sein soll. Von Otto Kühle. Zweite ungewandte Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf. Der Verfasser — ein früherer Lehrer — zeigt in dieser Broschüre die Volksschule wie sie vom sozialdemokratischen Standpunkt zu verlangen ist, während derselbe in einer Broschüre: „Die Volksschule, wie sie ist“, die im gleichen Verlage erschienen ist und denselben Preis kostet, die Zustände unserer heutigen Volksschule schildert und zeigt, daß sie nur eine Anstalt ist zur Erziehung möglichst billiger und williger Arbeitssklaven für das Kapital. Beide Broschüren sind durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Heiligkeit und Verhütung. Von Prof. Dr. Sommerfeld. Verlag: Alexander Schilde u. Co., Berlin NW. 6 und Stuttgart. Im ersten Abschnitt bespricht der Verfasser die Ursachen, das Wesen und die Bedeutung der Tuberkulose, sowie den Einfluß der verschiedenen Gefahren der Berufstätigkeit, und der mannigfachen krankhaften Zustände des Körpers auf die Entwicklung der Seuche, wobei der „gewerbliche Staub“ und die „Staublunge“ mit besonderer Sorgfalt besprochen werden. Eigene Statistiken des Verfassers und wichtige Veröffentlichungen anderer Schriftsteller zeigen in dem zweiten Abschnitt die Verbreitung der Tuberkulose in den verschiedenen Berufsarten. Der dritte Teil umfaßt die Maßnahmen, die zur Verhütung der Ansteckung und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Körpers erforderlich sind und schildert die Krankheitserscheinungen, hinter denen sich die Tuberkulose nicht selten verbirgt. Bemerkungen über Lungenheilstätten, Wälderholungsstätten und Fürsorgestellen bilden den Abschluß der Broschüre. Um eine weite Verbreitung der lehrreichen Schrift zu ermöglichen, ist von der gut ausgestatteten Broschüre, die im Buchhandel 1 M. kostet, eine Volksausgabe zum Preise von 30 Pf. (bei einem Bezuge von mindestens 20 Exemplaren) hergestellt. Die Anschaffung ist jedem, der sich für die Bekämpfung der Tuberkulose interessiert und der sich selber schützen will, vor allem den Ärzten, Verwaltungsbeamten, Sozialhygienikern und der werktätigen Bevölkerung aufs wärmste zu empfehlen.

Briefkasten

H., Straßburg. Du hättest Deine Rasenepisteln von vornherein „halb lang“ machen sollen. Uns beiden wäre viel Zeit und Arbeit für besseres erspart worden. V. Gruch!

Totenliste des Verbandes.

Peter Arck, Hamb.-Frankf. Stalerei
† 16. 1. 1911, 52 Jahre alt.
Simon Sprungler, Landau
Straßenreinigung
† 1. 2. 1911, 62 Jahre alt.
Karl Reisdorf, Mülheim
† 1. 2. 1911, 22 Jahre alt.

Peter Gütting, München
Vorarbeiter
† 2. 2. 1911, 58 Jahre alt.
Albert Blöcke, Stuttgart
Straßenwart
† 4. 2. 1911, 49 Jahre alt.
Michael Meyer, Elm a. D.
† 10. 2. 1911, 65 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!